

Wie gerecht ist das deutsche Steuersystem?

Handbuch Steuergerechtigkeit zum Mitdiskutieren

**Julia Jirmann und
Christoph Trautvetter**

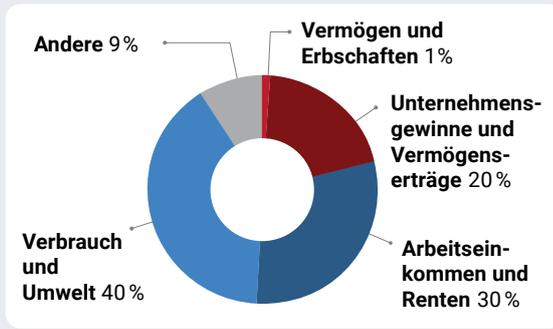


S. 6:
Der Staat

BIP: 4.100 Mrd. €

1.000 Mrd. €

Pro Jahr nimmt der Staat rund 1.000 Mrd. € Steuern ein. Das sind 23 % vom Bruttoinlandsprodukt.



Es gibt etwa 40 verschiedene Steuerarten. Die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer bringen mehr als zwei Drittel der Einnahmen.

S. 12:
Das Steuersystem

S. 13:
Gerechtigkeit

EINKOMMEN

VERMÖGEN

Wohlhabende

Die reichsten 10 %, also etwa 7 Mio. Erwachsene, erhalten nach Steuern fast 40 % aller Einkommen.

300 Mrd. €

Superreiche

Die reichsten 0,1 % – ca. 70.000 Erwachsene – besitzen 20 % der Vermögen und erzielen damit 2 Mio. € Ertrag pro Jahr und Person.

200 Mrd. €

10 Mrd. €

300 Mrd. €

Unsere Reformvorschläge

S. 18 **Lohnsteuer**

Die ersten 12.000 € sind steuerfrei. Danach steigt mit dem Einkommen der Steuersatz. Facharbeiter zahlen 20 bis 30 %. Ab 280.000 € greift der Reichensteuersatz von 45 % bzw. 47,5 % inkl. Solidaritätsbeitrag.

47,5%

VERBESSERN

+/- 20 Mrd. €

S. 21 **Kapitalertragsteuer**

Für Unternehmensgewinne wird zunächst etwa 30 % Unternehmensteuer fällig, bei der Ausschüttung dann 25 % Kapitalertragsteuer. Superreiche schütten kaum aus, sondern sparen ihre Gewinne steuerbegünstigt an.

< 30%

MILLIARDÄR-STEUER

+ 25 Mrd. €

S. 25 **Unternehmensteuer**

Unternehmen zahlen auf ihre Gewinne Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Soli. Die größten und profitabelsten Konzerne verschieben ihre Gewinne in Steueroasen und zahlen die niedrigsten Steuern.

< 3%

ÜBERGEWINN-STEUER

+ 20 Mrd. €

S. 27 **Erbschaftsteuer**

Größere Erbschaften und Schenkungen werden besteuert. Der Steuersatz hängt von Höhe und Verwandtschaftsgrad ab. Für sehr große Erbvermögen gibt es Ausnahmen, die dazu führen, dass kaum Steuer fällig wird.

< 1%

PRIVILEGIEN KIPPEN

+ 10 Mrd. €

S. 29:
Umwelt

Für Milch gilt die ermäßigte Umsatzsteuer von 7 %. Hafermilch wird mit 19 % besteuert. Die Umweltsteuern sind im europäischen Vergleich niedrig, Privatjets und Luxusjachten werden bevorzugt.

GERECHT & UMWELT-FREUNDLICH

+/- 10 Mrd. €

S. 33:
Finanzverwaltung

13.000 Betriebsprüfer und 3.000 Steuerfahnder sorgen im Schnitt für 1 Mio. € Mehrsteuern. Schwarzfahren und Falschparken werden aber konsequenter verfolgt.

KONSEQUENZ

+ 15 Mrd. €

Umsteuerungspotential

In einem gerechteren Steuersystem würden wenige sehr reiche Menschen 50 Mrd. € mehr zahlen. Niedrige Einkommen und umweltfreundlicher Konsum könnten um 600 € pro Person und Jahr entlastet werden.

100 Mrd. €

Das Wichtigste auf einer Seite

Der Staat nimmt pro Jahr etwa 1.000 Milliarden Euro Steuern ein. Das sind ungefähr 23 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Diese Steuerquote ist seit Jahrzehnten weitgehend unverändert. Steuern ermöglichen uns als demokratische Gesellschaft zu steuern, wofür wir unsere knappen Ressourcen einsetzen. Dafür beschäftigt der Staat mehr als 5 Millionen Menschen und dafür gibt es 200.000 gewählte und oft ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker. In München vermietet die staatliche Wohnungsgesellschaft 70.000 Wohnungen für im Schnitt 8 Euro und damit 3 Euro günstiger als die benachbarten Mietwohnungen der Milliardärsfamilie.

Das Steuersystem besteht aus knapp vierzig Steuerarten. Zwei davon sind aber für zwei Drittel der Einnahmen verantwortlich: Die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer. Der Anteil von Steuern auf Vermögen und Erbschaften ist von etwa 10 Prozent nach dem zweiten Weltkrieg auf weniger als 1 Prozent gefallen.

Gerechtigkeit im Steuersystem wäre erreicht, wenn jeder entsprechend seiner Mittel beiträgt. Aber die Einkommen und Vermögen sind sehr ungleich verteilt und das Steuersystem sorgt nur teilweise für den nötigen Ausgleich. Deutschland ist ein Hochsteuerland für Arbeit und ein Niedrigsteuerland für Vermögen.

- » **Die reichsten 10 Prozent** haben auch nach Steuern noch 30 Prozent aller Einkommen, obwohl sie bereits mehr als die Hälfte der Einkommensteuer zahlen.
- » **Die vermögendsten 0,1 Prozent**, also etwa 70.000 Erwachsene, besitzen 20 Prozent der Vermögen und erzielen damit im Schnitt ein Vermögenseinkommen von 2 Millionen Euro im Jahr – ohne dafür arbeiten zu müssen. Wenn sie diese Einkommen steuerbegünstigt ansparen, zahlen sie nur halb so viele Steuern und Abgaben wie jemand aus der Mittelschicht, der sich mit Arbeit ein Vermögen aufbauen will.
- » **Die größten und profitabelsten Konzerne** zahlen die niedrigsten Steuersätze, weil sie ihre Gewinne in Steueroasen verschieben. Die großen US-Digitalkonzerne zahlen in Deutschland nur 3 Prozent Steuern auf ihre hier erwirtschafteten Gewinne.
- » **10 Prozent der Erben** erhalten mehr als die Hälfte aller Erbvermögen. Und fast nirgendwo auf der

Welt gibt es so viele Superreiche durch Erbschaft: 72 Prozent der Milliardäre haben ihr Vermögen überwiegend geerbt. Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer sorgen dafür, dass bei sehr großen Erbvermögen kaum Steuern anfallen. Wer 10 Wohnungen erbt, zahlt darauf Steuern, wer mehr als 300 erbt, kann sich von der Steuer befreien lassen.

- » **Die beiden BMW-Erb*innen** hatten 2023 ein Einkommen von mehr als 8 Milliarden Euro und haben darauf weniger als 30 Prozent Steuern gezahlt. Vor 30 Jahren waren es noch etwa 60 Prozent.

Umwelt und Gesundheit haben einiges mit Steuern zu tun. Mit 300 Milliarden Euro ist die Umsatzsteuer die ertragreichste Steuer. Für Sojamilch werden 19 Prozent fällig, auf Kuhmilch und Gummibärchen nur 7 Prozent. Der Anteil der Umweltsteuern am Gesamtaufkommen sinkt trotz aller Diskussion um die CO₂-Abgabe seit zwei Jahrzehnten und ist in Deutschland so niedrig wie in wenigen anderen europäischen Staaten. Und obwohl die Tabaksteuer von 2022 bis 2026 in fünf Schritten steigt, ist Rauchen in den letzten Jahren inflationsbereinigt billiger geworden. Eine Zuckersteuer hat der vom Bundestag organisierte Bürgerrat Ernährung abgelehnt. Dafür fordert er eine Umsatzsteuerbefreiung für Grundnahrungsmittel.

Finanzbeamte leisten einen wichtigen Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Jeder der 13.000 Betriebsprüfer und knapp 3.000 Steuerfahnder sorgt im Schnitt für 1 Millionen Euro Mehrsteuern. Trotzdem werden Schwarzfahren und Falschparken konsequenter verfolgt. Von einem geschätzten Schaden von 50 bis 200 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung landet nur etwa 1 Milliarde Euro vor dem Strafrichter.

Großes Umsteuerungspotenzial: Gerechtere Steuern für wenige hundert Großkonzerne und Großerben sowie wenige Tausend Superreiche bringen Mehreinnahmen von 50 Milliarden Euro. Genug um die Lücke bei den Zukunftsinvestitionen zu schließen. Ein umweltfreundlicheres, gesünderes und solidarischeres Steuersystem bringt weiteres Umsteuerungspotenzial von 50 Milliarden Euro. Damit ließen sich niedrige Einkommen und umweltfreundlicher Konsum um 600 Euro pro Person und Jahr entlasten.

Impressum

Handbuch Steuergerechtigkeit

Stand

August 2025 (1. Auflage)

Autoren

Julia Jirmann betreut beim Netzwerk Steuergerechtigkeit die Bereiche Erbschaft und Vermögen sowie Einkommensteuern. Sie ist zudem in der Kommission „Soziale Sicherung & Familienlastenausgleich“ des Deutschen Juristinnenbundes. Zuvor war sie in der Beratungsgesellschaft KPMG im Bereich International Tax sowie für den Bund der Steuerzahler als Referentin für Steuerrecht und Steuerpolitik tätig. Sie studierte Betriebs- und Volkswirtschaft (M.Sc.) an der Universität Leipzig sowie Wirtschaftsrecht (LL.M.) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

j.jirmann@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Christoph Trautvetter ist Koordinator des Netzwerks Steuergerechtigkeit und betreut zusätzlich die Themenbereiche Unternehmenssteuern, Schattenfinanz und internationale Steuergerechtigkeit. Vor dem Netzwerk hat er unter anderem für Teach First, KPMG und im Europaparlament gearbeitet. Er hat einen Master in Public Policy von der Berliner Hertie School und einen Bachelor in Philosophy & Economics der Universität Bayreuth.

c.trautvetter@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Herausgeber

Netzwerk Steuergerechtigkeit
Weidenweg 37
10249 Berlin

www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de

info@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Bestellung (kostenlos)

Über das Online-Formular oder an
formulare@netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Das Handbuch ist entstanden mit der Unterstützung der:

**Hans Böckler
Stiftung** 

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

Sie wollen, dass unsere Botschaften noch mehr Menschen erreichen?

Eine gerechtere Steuerpolitik und transparente Finanzstrukturen sind nur mit breiter Unterstützung möglich. Wenn Ihnen die Inhalte dieses Buches wertvolle Einblicke und Impulse geliefert haben, sagen Sie es gerne weiter.

Damit wir uns weiterhin unabhängig für mehr Steuergerechtigkeit einsetzen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Mit Ihrer Hilfe können wir weiterhin unabhängige Analysen, fundierte Studien und Aufklärungsarbeit leisten, um faire Steuerpolitik in den Fokus der Öffentlichkeit und der Politik zu rücken.

Unterstützen Sie unsere Arbeit für mehr Steuergerechtigkeit!

Spenden Sie einmalig:



Oder werden Sie Fördermitglied:



Inhaltsübersicht

Das Handbuch	6
Demokratie, Staat und Steuern	7
Wozu ein Staat?	7
Warum Steuern?	7
Wie viel Steuern sind genug?	8
Was macht der Staat mit dem Steuergeld?	10
Fazit: Sparsamkeit ist wichtig. Faire Steuern auch.	11
<i>ZUM BEISPIEL: Der Staat und der Immobilienmarkt</i>	<i>12</i>
Das Steuersystem	13
Teil 1: Steuern für Gerechtigkeit.....	14
Die Verteilung von Einkommen und Vermögen	14
Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen	17
<i>ZUM BEISPIEL: BMW-Erb*innen</i>	<i>18</i>
Steuern auf Arbeit: bis zu 47,5 Prozent	19
> <i>Verbesserungsvorschläge für Geschlechtergerechtigkeit und die Mitte</i>	<i>21</i>
Steuern auf Vermögensanhäufung: weniger als 30 Prozent	22
> <i>Reformvorschlag 1: Mindeststeuer für Milliardäre und Multimillionäre</i>	<i>24</i>
Steuern für große internationale Konzerne: weniger als 15 Prozent	26
> <i>Reformvorschlag 2: Übergewinne besteuern</i>	<i>27</i>
Steuern auf (große) Erbvermögen: viel weniger als 30 Prozent	28
> <i>Reformvorschlag 3: Große Erbschaften gerecht besteuern</i>	<i>29</i>
Teil 2: Steuern für Gesundheit und Umwelt.....	30
Steuern auf den Umsatz	30
Steuern für die Umwelt	31
Steuern für Gesundheit	32
> <i>Reformvorschlag 4: Umweltfreundliche und gesunde Steuern</i>	<i>33</i>
Teil 3: Finanzbeamte für ein gerechtes Steuersystem.....	34
Cum-Ex, Cum-Cum und andere Betrugsmodelle am Finanzmarkt	35
Umsatzsteuerbetrug – von der lokalen Dönerbude bis zur organisierten Kriminalität	36
Anonymes Offshore-Vermögen und Geldwäsche	36
> <i>Reformvorschlag 5: Ermittlungen stärken und fokussieren</i>	<i>37</i>
Fazit: Umsteuerungspotenzial von 100 Milliarden Euro	38

Das Handbuch

Haben Sie auch das Gefühl, dass es in diesem Land und in der Welt oft ungerecht zugeht? Ärgern Sie sich manchmal über Ihre Steuererklärung? Haben Sie sich schon einmal gefragt, wie Ihre Steuererklärung und eine gerechtere Welt zusammenpassen?

Steuern begegnen uns täglich – ob beim Einkaufen, auf der Gehaltsabrechnung oder in politischen Debatten. Wer wie viel Steuern zahlt, geht alle etwas an. Trotzdem ist kaum ein Thema so stark von Halbwissen und Mythen geprägt wie das der Steuern. Einige Forschende sprechen sogar von weit verbreitetem Steuer-Analphabetismus und einem Teufelskreis fehlender Steuerkompetenz. Dieses fehlende Wissen hat Folgen: Es schafft einen fruchtbaren Boden für die Lobbyarbeit von Großkonzernen und Hochvermögenden, die ihre Interessen notfalls auch auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen.

Damit das nicht so bleibt, erklären wir in diesem Handbuch die Grundzüge des deutschen Steuersystems, räumen mit Mythen auf und zeigen, an welchen Stellen das aktuelle System ungerecht ist. Gleichzeitig präsentieren wir konkrete Ansätze, wie Steuern gezielt als Instrument für mehr Fairness und soziale Gerechtigkeit genutzt werden können.

Für unsere Analyse haben wir die Gerechtigkeitslücken im Steuersystem in drei Bereiche unterteilt:

- 1. Steuern für Gerechtigkeit**
- 2. Steuern für Gesundheit und Umwelt**
- 3. Finanzbeamte für ein gerechtes Steuersystem**

Passend dazu haben wir fünf Reformvorschläge und viele kleinere Verbesserungsvorschläge formuliert:

- 1. Mindeststeuer für Milliardäre**
- 2. Übergewinnsteuer für Großkonzerne**
- 3. Gerechte Steuer für große Erbschaften**
- 4. Umweltfreundliche und gesunde Steuern**
- 5. Finanzermittler stärken und auf schwere Kriminalität fokussieren**

Damit die Gerechtigkeitslücken im Steuersystem verständlich werden, veranschaulichen wir die drei wichtigsten mit konkreten Beispielen:

- » Die Rolle des Staates für das Gemeinwohl am Beispiel des Immobilienmarktes
- » Die Rolle der Milliardenvermögen am Beispiel der BMW-Erb*innen.
- » Die Gewinnverschiebung der Digitalkonzerne am Beispiel von Microsoft

Darüber hinaus finden sich auf den folgenden Seiten viele kleinere Illustrationen, Beispielrechnungen, Funfacts, Mythen-Checks und Exkurse.

Für alle, die tiefer eintauchen möchten, bietet das Jahrbuch Steuergerechtigkeit weiterführende Erklärungen (www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/jahrbuch).

Monatliche Updates gibt es in unserem Gerechtigkeits-Check und Podcast. Hier abonnieren:



Demokratie, Staat und Steuern

Lassen Sie uns mit einem Gedankenexperiment beginnen: Stellen wir uns vor, in naher Zukunft entsteht eine künstliche Superintelligenz. Sie vereinfacht Abläufe, automatisiert Verwaltungsarbeit und ermöglicht es, mit deutlich weniger Arbeit denselben Wohlstand zu schaffen. Gleichzeitig führt sie jedoch dazu, dass wenige große Unternehmen und ihre Eigentümer riesige Gewinne machen, während Staaten, kleinere Unternehmen und viele Menschen kaum mit der schnellen Entwicklung mithalten können. Die Superintelligenz verbraucht immer mehr Ressourcen – und sowohl brutale Autokraten als auch die organisierte Kriminalität machen sie sich zunutze.

Wäre es in einer solchen Welt nicht sinnvoll, ein Mittel zu haben, um diese Gewinne gerechter zu verteilen? Und wäre es nicht notwendig, für einen handlungsfähigen Staat zu sorgen, der auf diese Entwicklungen reagiert, das gesamtgesellschaftliche Interesse im Blick hat und diejenigen unterstützt, die nicht mithalten können?

Wozu der Staat?



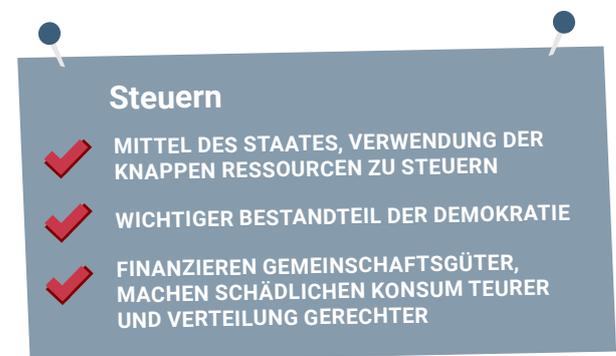
Das Mittel, mit dem demokratische Gesellschaften das gesamtgesellschaftliche Interesse verhandeln und durchsetzen, ist der Staat. Dazu gehören mehr als 200.000 gewählte Politikerinnen und Politiker – vom Bund bis in die kleinste Gemeinde – die oft ehrenamtlich an der politischen Willensbildung mitwirken.

Außerdem arbeiten mehr als fünf Millionen Menschen für diesen Staat. Sie entwerfen in Ministerien Gesetze oder überwachen deren Umsetzung an den Gerichten. Sie sind Polizistinnen und Lehrer, Soldatinnen und Kindergärtner, Verwaltungsangestellte, Finanzbeamte und Professorinnen. Hinzu kommen fast 20.000 öffentliche Unternehmen, die essenzielle Dienstleistungen wie Wohnen, Altenpflege sowie die Versorgung mit Wasser

und Energie bereitstellen, ohne die Rendite in den Fokus zu stellen. Diese werden in Statistiken jedoch oft nicht dem Staat zugerechnet, weil sie für ihre Leistungen wie andere Unternehmen auch Geld verlangen.

Im Idealfall tragen sie alle dazu bei, dass die Interessen der demokratischen Mehrheit, wissenschaftliche Erkenntnisse und die Perspektiven schutzbedürftiger Minderheiten in politische Entscheidungen einfließen und als Gesetze wirksam werden.

Warum Steuern?



Wahrscheinlich zahlen Sie fast täglich mindestens eine der rund vierzig Steuern, die es in Deutschland gibt. Wie viel genau? Das ist oft schwer zu überblicken. Aber haben Sie sich schon einmal gefragt, wozu es Steuern eigentlich gibt? Unsere Antwort:

STEUERN ERMÖGLICHEN UNS ALS DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT, ZU STEUERN, WOFÜR WIR UNSERE KNAPPEN RESSOURCEN EINSETZEN.

Klingt abstrakt? Ein Blick in die Geschichte hilft.

Früher war die Gesellschaft einfacher organisiert: Der König finanzierte seinen Lebensunterhalt und seine Kriege durch Zölle, durch Steuern auf beliebte Güter wie Bier und durch Einkünfte aus seinen Ländereien. Doch wer Steuern zahlt, verlangt irgendwann Mitbestimmung. 1789 führte das in Frankreich zur Revolution – mit drastischen Folgen für den Adel. In den USA entfachte die berühmte Boston Tea Party den Widerstand gegen eine Teesteuer und wurde zum Auslöser der Unabhängigkeitsbewegung. In Preußen hingegen zementierte das Dreiklassenwahlrecht bis 1918 soziale Ungleichheit: Wer hohe Steuern zahlte, hatte mehr als zehnmals so viel Stimmgewicht wie andere. Erst mit den Steuerreformen der Weimarer Republik in den

Jahren 1919 und 1920 wurde der Grundstein für unser modernes Steuersystem gelegt. Auch in vielen anderen Ländern waren Steuern ein entscheidender Faktor in der demokratischen Entwicklung.

Die heutige Welt ist deutlich komplexer: Statt eines Königs haben wir jetzt einen demokratischen Staat mit gewählten Politikern und mit mehreren Millionen Beschäftigten in der Verwaltung, in staatlichen Einrichtungen sowie in öffentlichen Unternehmen. Steuern finanzieren das, was der Markt nicht ausreichend zur Verfügung

stellt, beispielsweise Armee, Polizei, Justiz, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Schienen und Universitäten. Außerdem sorgt der Staat für soziale Absicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit und erhöht die Preise für gesellschaftlich schädlichen Konsum wie Tabak oder Benzin. Die Ressourcen, die wir für diese Gemeinschaftsaufgaben aufwenden, stehen nicht für den individuellen privaten Konsum zur Verfügung. Aber sie kommen uns allen zugute und sind im besten Falle auch noch gerechter verteilt.

Wie viel Steuern sind genug?

Der Staat hat ein Imageproblem. Zu viele Menschen denken beim Staat an übermäßige Bürokratie und eine überforderte Verwaltung. Politikern begegnet im Vergleich mit anderen Berufsgruppen ein großes Misstrauen. Die Frage, wie viel Staat und Steuern nötig sind, teilt die deutsche Gesellschaft in zwei Teile. Fast

die Hälfte der Deutschen glaubt, dass der Staat mehr als genug Geld hat, es aber nicht effizient verwaltet. Gleichzeitig wünscht sich eine knappe Mehrheit, dass genügend Steuereinnahmen vorhanden sind, um staatliche Aufgaben zu erfüllen und soziale Gerechtigkeit zu fördern.¹ Aber wie viel ist genug?



Abbildung 1: Welcher der zwei Aussagen stimmen Sie eher zu? Antworten einer repräsentativen Umfrage nach Parteipräferenz.
Basis: alle Wahlberechtigten; Quelle: Friedrich Ebert Stiftung (2023)

Fakt ist: Die Steuereinnahmen des Staates steigen fast jedes Jahr – außer in Krisenzeiten. Die Presse berichtet regelmäßig über Rekordsteuereinnahmen. So lässt sich gut ein Bild vom ineffizienten und gierigen Staat zeichnen. Viele Menschen übersehen dabei, dass auch Löhne und Preise kontinuierlich steigen. Wenn die Löhne in der Industrie steigen, verlangt auch das Schulpersonal mehr Geld. Wenn die Wirtschaft wächst und die Menschen wohlhabender werden, steigen auch die Erwartungen an den Staat. Statt mit Kreide und Plumpsklo sollen die Schulen heutzutage selbstverständlich mit Whiteboards, Tablets und modernen Toiletten ausgestattet werden.

Wenn Preise und Löhne steigen, braucht also auch der Staat mehr Geld. Wichtiger als die absolute Zahl ist deswegen das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen und Wirtschaftsleistung. Im Jahr 2024 hatten alle in

Deutschland hergestellten Waren und Dienstleistungen zusammen (das sogenannte „Bruttoinlandsprodukt“ oder „BIP“) einen Wert von über 4.000 Milliarden Euro. Davon nahmen Bund, Länder und Kommunen rund 1.000 Milliarden Euro an Steuern ein. Dieses Verhältnis, die sogenannte Steuerquote, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert.



Neben den Steuern zahlen Bürgerinnen und Bürger rund 700 Milliarden Euro Abgaben für die Renten-, Pflege-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Sie werden von den Sozialversicherungskassen verwaltet. Deren wichtigste Organe werden alle sechs Jahre von den Mitgliedern gewählt. Für die Beiträge erhalten die Mitglieder einen Versicherungsanspruch. Die Beiträge zur Krankenversicherung hängen vor allem vom Einkommen ab. Das sorgt für einen solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit hohen und niedrigen Einkommen sowie gesunden und kranken Menschen. Für manche Leistungen wie zum Beispiel die beitragsfreie Krankenversicherung für Familienmitglieder oder die Rentenvorsorge für Menschen in Ausbildungs- und Kindererziehungszeiten überweist der Staat den Versicherungskassen Steuergelder. Insgesamt sorgen die Sozialabgaben genauso wie die Steuern dafür, dass ein kleinerer Teil des Einkommens direkt auf dem Konto ankommt – also weniger Netto vom Brutto.

Im internationalen Vergleich haben Länder mit hohem Lebensstandard meistens höhere Steuer- und Abgabenquoten.

Die niedrigsten Quoten gibt es in den ärmsten Ländern. Deutschland liegt im oberen Mittelfeld. Dänemark hat eine deutlich höhere Steuerquote, weil die Sozialversicherung dort vollständig über Steuern finanziert wird. In den USA sind Steuern und Abgaben niedriger, dafür wird es teuer, wenn man krank wird und auch für Schulen und Universitäten muss man zum Teil deutlich mehr privat zahlen.

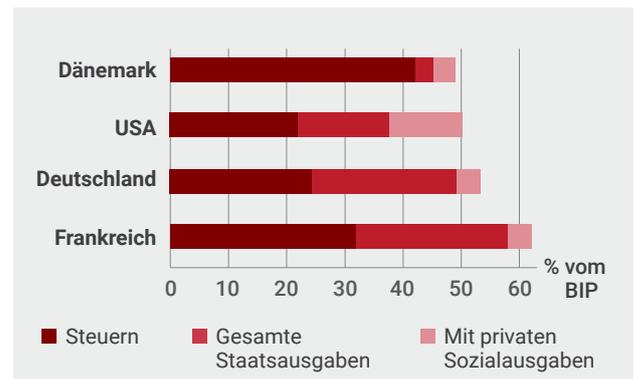


Abbildung 2: Wie viel kosten der Staat und die soziale Sicherheit?
Quelle: OECD (2019 & 2022), weitere Details und Länder im Online-Annex

EXKURS: STEUERGELD FÜR VERSICHERUNGSFREMDE LEISTUNGEN (VON JONAS FISCHER, SOZIALVERBAND VDK)



Ein großer Teil des Bundeshaushalts – mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr – fließt an die Sozialversicherungen. Damit stopft der Staat aber nicht etwa deren Finanzierungslücken, sondern gleicht deren Übernahme von versicherungsfremden bzw. gesamtgesellschaftlichen Aufgaben teilweise und nur unzureichend aus. Beispielsweise kostet die Beitragsfreiheit von Kindern, Jugendlichen und Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung etwa 33 Milliarden Euro pro Jahr. Die Rentenversicherung für Personen, die während der Ausbildung oder Kinderbetreuung keine Beiträge zahlen, kostet 20 Milliarden Euro. Im Prinzip sind sich alle Parteien einig, dass solche gesamtgesellschaftlichen Kosten von allen Steuerzahlenden getragen werden sollten. Nur so beteiligen sich z.B. Beamte, Selbstständige oder auch Abgeordnete an der Finanzierung. Je nach Definition summieren sich die Kosten der gesamt-

gesellschaftlichen Leistungen auf bis zu 200 Milliarden Euro. Aus dem Haushalt erstattet wird allerdings längst nicht alles davon – ein Grund, weshalb die Versicherungsträger unter großem finanziellen Druck stehen und Beiträge erhöhen müssen. Die Steuerzuschüsse an die Sozialversicherung müssten also eigentlich dramatisch steigen. Stattdessen sind die Sozialversicherungen in Krisenzeiten immer wieder für den Staat in die Bresche gesprungen. So wurden zum Beispiel während der Corona-Zeit wichtige Schutzmaßnahmen in den Pflegeeinrichtungen aus Praktikabilitätsgründen von der Pflegeversicherung finanziert, obwohl sie eigentlich nicht zuständig war. Die Kosten in Höhe von knapp sechs Milliarden Euro wurden der Pflegeversicherung aber bis heute nicht wie versprochen erstattet, was ein wesentlicher Grund für deren schlechte finanzielle Lage ist.

Was macht der Staat mit dem Steuergeld?

Macht der Staat zu viel oder zu wenig?

Wie viel Steuern genug sind, hängt davon ab, welche Aufgaben damit finanziert werden sollen und wie gut der Staat das Geld einsetzt, um seine Ziele zu erreichen. Über beide Fragen wird in Deutschland heftig diskutiert. Die Ampelregierung scheiterte nicht zuletzt an Lücken im Haushalt. Trotzdem versprachen Union, FDP und AfD zur Bundestagswahl 2025 Steuersenkungen von 100 bis 200 Milliarden Euro. Gleichzeitig argumentierten mehrere Studien, dass der Staat für eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft jedes Jahr 60 bis

130 Milliarden Euro mehr investieren müsste und für Militär und Sicherheit etwa 40 bis 90 Milliarden Euro mehr braucht.² Die neue Bundesregierung einigte sich auf zusätzliche Schulden von etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr und Steuersenkungen von etwa 50 Milliarden Euro. Unterm Strich bleibt eine Finanzierungslücke von mehr als 50 Milliarden Euro, dabei ist die versprochene Entlastung von kleineren und mittleren Einkommen noch nicht eingerechnet. Über Prioritäten muss also weiter verhandelt werden.

BEISPIELE FÜR SPARVORSCHLÄGE*

Bürgergeld verschärfen

Bedürftige erhalten im Schnitt 650 € Bürgergeld, Wohngeld und ähnliche Leistungen. Ob mehr Druck wirklich Geld spart, ist umstritten. Das Existenzminimum ist rechtlich geschützt.

X% von
50 Mrd. €

Flüchtlingshilfe einsparen

Vor allem durch Kriege in Syrien und der Ukraine ist die Zahl der Schutzsuchenden von 2 auf 3,3 Mio. gestiegen. Schon jetzt sterben jedes Jahr tausende Menschen beim verzweifelten Versuch, die gut geschützten Grenzen zu überwinden.

X% von
40 Mrd. €

Studiengebühren einführen

Vor 15 Jahren sorgte die Debatte über Studiengebühren für große Proteste. Viele Gemeinden erheben Gebühren für Kitas.

5
Mrd. €

Elterngeld streichen

Vom Elterngeld profitieren Eltern mit hohen Einkommen mehr. Die Kürzung für sehr hohe Einkommen führte 2023 zu großen Protesten.

8
Mrd. €

Bundestag verkleinern

Durch die Wahlrechtsreform von 2023 verringert sich die Zahl der Abgeordneten um etwa 100, was Einsparungen von rund 125 Mio. € bedeutet.

100
Mio. €

BEISPIELE FÜR ZUSATZBEDARFE*

Verkehrswege ertüchtigen

Der Staat hat über viele Jahre zu wenig in die Instandhaltung von Straßen und Brücken investiert. Für die Verkehrswende muss er mehr in Bahn und öffentlichen Nahverkehr investieren.

25
Mrd. €

Klimawandel aufhalten

Durch steigende CO₂-Preise lenkt der Staat den Wandel hin zur Dekarbonisierung. Gleichzeitig muss er für sozialen Ausgleich sorgen und in bestimmten Bereichen selbst finanzielle Mittel bereitstellen.

30
Mrd. €

Kitaplatz garantieren

Seit 2013 hat jedes Kind einen Anspruch auf einen Kitaplatz. Bis heute fehlen dafür Gebäude und Personal.

5
Mrd. €

Mütterrente ausweiten

Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhalten bisher weniger Mütterrente. Eine Angleichung würde für rund 10 Mio. Rentnerinnen eine Erhöhung von etwa 20 € pro Monat bedeuten.

5 – 10
Mrd. €

Verwaltung digitalisieren

Eine digitale Verwaltung kann auf lange Sicht Kosten sparen, erfordert jedoch zunächst Investitionen für die Umstellung.

?

* Auswahl von öffentlich diskutierten Vorschlägen. Keine Vorschläge des Netzwerks.

Kann der Staat nicht mit Geld umgehen?

Ohne Zweifel, der Staat verschwendet Geld. Beispiele für unnötige Bürokratie und fragwürdige Ausgaben kennt wahrscheinlich jeder. Rechnungshöfe, Abgeordnete und Journalisten decken regelmäßig solche Fälle auf. Auch der wirtschaftsnahe Verein „Bund der Steuerzahler“ trägt jedes Jahr hundert Beispiele aus Sicht problematischer Ausgaben in einem Schwarzbuch zusammen. Aber: Bei einem Budget von über 1.000 Milliarden Euro und mehr als 80 Millionen Menschen sind Fehlentscheidungen und umstrittene Ausgaben unvermeidlich – und auch Verschwendung wird es immer geben.

Der Staat muss ohne Zweifel digitaler und effizienter werden und Prioritäten setzen. Dabei gilt aber: Mehr Spardruck führt nicht automatisch zu weniger Verschwendung. Statt gezielt unnötige Stellen zu streichen, überflüssige Behörden abzuschaffen oder sinnvoll zu kürzen, gab es in der Vergangenheit immer wieder pauschale Einstellungsstopps, Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip und kurzfristige Buchungstricks. Die Folgen: unterbesetzte Bauämter, überforderte Staatsanwaltschaften, verfallende Infrastruktur und besonders große Lücken in ohnehin armen und strukturschwachen Kommunen.

Kann es die Privatwirtschaft besser?

In den letzten Jahrzehnten hat der Staat eigenes Vermögen – z. B. Wohnungen oder Stromnetze – verkauft. Er hat staatliche Unternehmen – z. B. die Post oder die Bahn – in privates Management überführt und zum Teil verkauft. Verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge – z. B. Krankenhäuser, Pflege, aber auch Schulen und Universitäten – wurden für private Anbieter geöffnet. Über öffentlich-private Partnerschaften wurden staatliche Aufgaben – z. B. Autobahnen, Verwaltungsgebäude und sogar Gefängnisse – mit privater Finanzierung und entsprechender privater Rendite umgesetzt und staatliche Aufgaben – z. B. Flüchtlingsunterbringung, Reinigung oder Sicherheitsdienste – an private Auftragnehmer vergeben. Das ist in vielen Fällen

teurer, weil private Investoren Profite erwirtschaften wollen, die beim Staat nicht anfallen würden. Auch die Kreditaufnahme ist in den privatisierten Unternehmen teurer. Im Gegenzug werden meist die Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtert und Leistungen eingeschränkt.

Noch dazu: Auch private Unternehmen „verschwenden“ regelmäßig Geld – z. B. durch Millionen-Abfindungen für erfolglose Manager, milliarden schwere Fehlinvestitionen oder die berüchtigten Bullshit-Jobs im mittleren Management. Das wird allerdings viel seltener öffentlich bekannt.

Fazit: Sparsamkeit ist wichtig. Faire Steuern auch.

Sparsamkeit ist ein Grundprinzip des Staates. Beim Einkauf müssen verpflichtend mehrere Angebote eingeholt und Preise verglichen werden. Ausgaben müssen detailliert dokumentiert werden. Sie werden von Rechnungshöfen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft aufmerksam kontrolliert. Trotzdem passieren Fehler und nicht immer ist das billigste Angebot auch das beste. Außerdem gibt es zum Teil starke Interessengruppen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, die sich zuweilen für gesellschaftlich unnötige Ausgaben und Subventionen engagieren. Diese möglichst klein zu halten, ist eine wesentliche Aufgabe des demokratischen Prozesses.

An manchen Stellen hat Deutschland mit Sicherheit einen wenig effektiven, teuren Staat. Gleichzeitig wurde in den vergangenen Jahrzehnten an manchen Stellen „gespart, bis es quietscht“. Über die Ausgaben zu diskutieren ist und bleibt deswegen eine wichtige und schwierige Aufgabe. Schnelle und umfangreiche Einsparungen kann man sich davon nicht erhoffen. Wird zu sehr gekürzt, geht es oft auf Kosten der Ärmsten und der Zukunftsinvestitionen. Die Demokratie braucht einen handlungsfähigen Staat, um das gesamtgesellschaftliche Interesse auszuhandeln und umzusetzen. Dieser Staat braucht dafür ein effizientes und faires Steuersystem. Was sich dafür ändern muss, erklären wir im restlichen Handbuch.

Zum Beispiel: Der Staat und der Immobilienmarkt

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und es ist teuer. Etwa jeder fünfte Euro fließt in Deutschland in die Immobilienwirtschaft.³ Etwa die Hälfte der Deutschen wohnt zur Miete und gibt im Schnitt fast jeden dritten Euro des Einkommens für die Miete aus. Die

Rolle des Staates am Immobilienmarkt hat sich in den letzten hundert Jahren mehrmals verändert. Staatliche Wohnungsunternehmen vermieten heute 2,5 Millionen Wohnungen und sind oft günstiger als private Vermieter.

vor 1924

Unternehmen als Bauherr: In der Zeit der Industrialisierung bauen Unternehmen mit geringer Regulierung große Mietskasernen mit oft niedriger Wohnqualität für ihre Mitarbeiter.

1924–1943

Der Staat als Bauherr und Vermieter: Zwischen den Weltkriegen gab es eine Hauszinssteuer für die Gewinner der Hyperinflation. Aus den Einnahmen von bis zu 75 Milliarden Euro pro Jahr (nach heutigen Preisen) und mit staatlichen Förderbanken und Baugesellschaften förderte der Staat kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau.⁴ Viele dieser Wohnungen stehen bis heute und werden günstig vermietet.

1988

Privatisierung und steuerliche Anreize für private Vermieter: Nach einem Skandal um die ursprünglich gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“ schafften Union und FDP die Wohnungsgemeinnützigkeit ab und läuteten damit eine Privatisierungswelle ein. Der Staat förderte privaten Wohnungsbau und den Bau von Eigenheimen. Die Zahl der Sozialwohnungen sank von 4 Millionen auf heute weniger als 1 Million. Die durchschnittliche Mietbelastung stieg bundesweit von etwa 20 auf 27 Prozent, im Osten sogar von 4 auf 25 Prozent.⁵

2015

Der Staat als Regulierer und Unterstützer: Seit 2015 begrenzt die Mietpreiskontrolle die zulässige Mieterhöhung. Die Höhe der Mietbelastung stagniert. Aber weil es immer weniger Sozialwohnungen gibt, können sich immer mehr Menschen mit niedrigem Einkommen ihre Miete nicht leisten. Die Ausgaben für vom Staat übernommene Mietkosten steigen bis 2025 auf etwa 20 Milliarden Euro. Sozialer Wohnungsbau wird nur mit etwa 5 Milliarden Euro gefördert.⁶

DER PRIVATE VERMIETER

Die Heimbau Bayern vermietet in München etwa 6.000 Wohnungen. Viele davon sind in den 1950er Jahren als geförderter sozialer Wohnungsbau entstanden. Das Unternehmen wurde 2015 auf die Kinder übertragen.



DER STAATLICHE VERMIETER

Die kommunale Wohnungsgesellschaft „Münchner Wohnen“ vermietet etwa 70.000 Wohnungen.



Das Steuersystem

Über Steuern nehmen Bund, Länder und Kommunen fast 1.000 Milliarden Euro pro Jahr ein. Das deutsche Steuersystem besteht aus rund vierzig verschiedenen Steuern, aber nur zwei große Steuern sind für fast zwei Drittel der gesamten Einnahmen verantwortlich:

- 1. Die Lohnsteuer:** Sie wird seit 1920 allen abhängig Beschäftigten automatisch vom Lohn abgezogen. Ihr Steuersatz steigt mit der Höhe des Einkommens. Das soll dafür sorgen, dass Menschen mit hohem Einkommen mehr zur Gemeinschaftskasse beitragen. Etwa 30 Prozent aller Einkommen sind Unternehmensgewinne, Mieteinnahmen und Einkommen von Selbstständigen. Obwohl für sie grundsätzlich der gleiche progressive Steuersatz wie für Löhne und Gehälter gilt, werden sie in der Praxis oft niedriger besteuert (mehr dazu in Teil 1).
- 2. Die Umsatzsteuer:** Sie wird bei jedem Einkauf fällig. Normalerweise beträgt sie 19 Prozent. Für Nahrungsmittel oder für Menstruationsprodukte, aber auch für Gummibärchen und Hotelübernachtungen gilt ein ermäßigter Steuersatz von 7 Prozent. Für einige schädliche Güter wie Tabak oder Benzin werden neben der Umsatzsteuer noch zusätzliche Steuern fällig (siehe Teil 2).

Neben Steuern auf Einkommen und Konsum gibt es viele kleine Steuern. Die viel diskutierte Grundsteuer auf alle deutschen Grundstücke trägt nur knapp 2 Prozent zu den Steuereinnahmen bei – etwa so viel wie die Tabaksteuer der rund zwanzig Millionen Raucher. Die Erbschaftsteuer als einzige verbliebene Vermögensteuer trägt derzeit nur rund 1 Prozent zum Steueraufkommen bei.

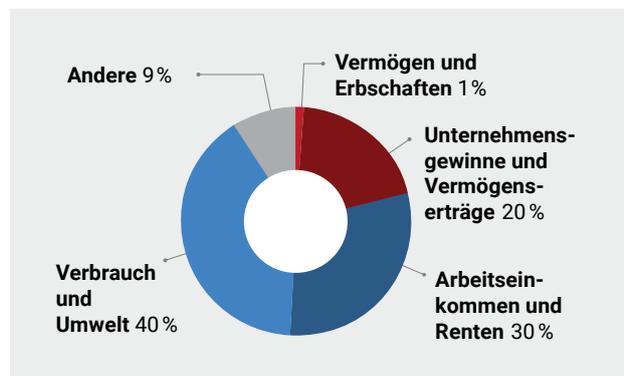


Abbildung 3: Anteil der verschiedenen Steuerarten

Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzung (11/2024), Eigene Berechnung⁷

Fun Fact

Die 1902 zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführte Schaumweinsteuer ist heute mit Einnahmen von 360 Millionen Euro fast bedeutungslos und würde gerade für ein Schiff reichen.

Das deutsche Steuersystem ist mehr als hundert Jahre alt. Es hat sich in dieser Zeit nur langsam verändert, aber mit eindeutigem Trend. Vermögen und hohe Einkommen wurden entlastet. Dafür zahlen niedrige Einkommen und Konsumenten mehr. Nach dem Zweiten Weltkrieg trugen Steuern auf Vermögen und Erbschaften noch mit etwa 10 Prozent zum Aufkommen bei. Seitdem sank ihr Anteil auf weniger als 1 Prozent. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren stiegen die Einnahmen aus der Lohnsteuer, weil der Tarif damals – anders als heute – nicht an die steigenden Löhne angepasst wurden. Außerdem wurde die Umsatzsteuer für alle Konsumenten in mehreren Schritten erhöht. Zuletzt stieg sie im Jahr 2007 von 16 auf 19 Prozent.

EXKURS: WIE WERDEN DIE STEUERN VERTEILT? WER ERHÄLT DIE EINNAHMEN?

Die meisten Steuern sind durch Bundesgesetze geregelt. Bei einigen können die Länder und Kommunen eigene Regeln und Steuersätze bestimmen (z. B. Gewerbe-, Grund- und Grunderwerbsteuer). Die Verteilung hängt von der Steuer ab. Der Bund erhält die Tabaksteuer, die Länder die Erbschaftsteuer und die Gemeinden die Grundsteuer. Die großen Steuern auf Umsätze, Löhne und Unternehmensgewinne werden nach festen Regeln zwischen den staatlichen Ebenen aufgeteilt. Bundesländer mit profitablen Konzernen und Kommunen mit finanzkräftigen Pendlern haben höhere Einnahmen. Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit tragen dagegen besonders hohe Ausgaben für vom Bund vorgegebene Sozialleistungen, sind hoch verschuldet und haben wenig Spielraum, ihre Finanzlage zu verbessern. Von den Steuern erhält der Bund grob gerundet 400, die Länder 400 und die Gemeinden 150 Milliarden Euro. Dabei ist der Anteil des Bundes in den letzten Jahren tendenziell gesunken.

Teil 1: Steuern für Gerechtigkeit

Die Mehrheit der Deutschen hat das Gefühl, dass es ungerecht zugeht.⁸ Ein Grund dafür ist die sehr ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Einkommensteuer sorgt für etwas Ausgleich. Aber Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen,

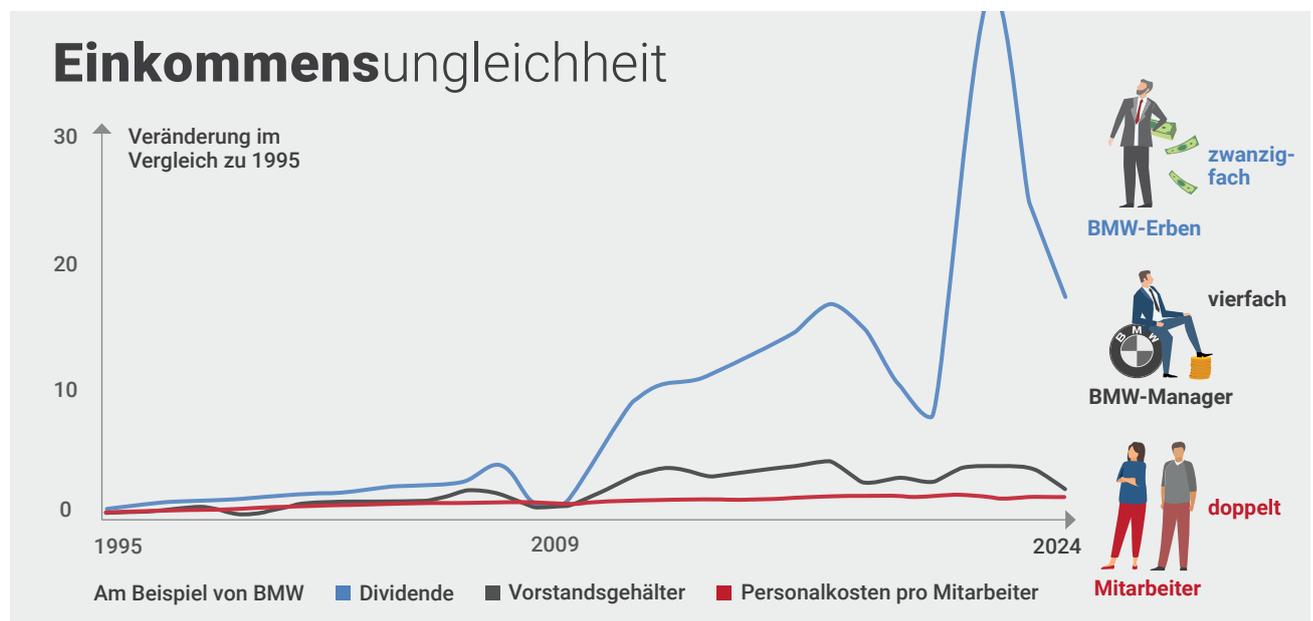
werden aktuell oft höher besteuert als die, die ihr Geld für sich arbeiten lassen können. Warum das so ist und wie ungleich die Verteilung wirklich ist, erklärt das folgende Kapitel.

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen

Gerechtigkeit hat viele Dimensionen. Die Verteilung von Geld und wirtschaftlichen Ressourcen ist eine davon. Wenn über diese Verteilung gesprochen wird, steht oft das Einkommen im Mittelpunkt. Für die meisten Menschen entscheidet es darüber, was sie sich leisten können.

Die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. 1995 erhielten die Vorstände der großen DAX-Konzerne noch das 14-fache des Durchschnittsgehalts eines

Angestellten. 2023 war es bereits das 100-fache. Spitzenreiter war der VW-Chef mit einem Einkommen von 10 Millionen Euro. Im gleichen Zeitraum vervielfachten die Eigentümer der Konzerne ihre Gewinne und Dividenden, während die Gehälter vergleichsweise langsam stiegen. So erhielten die beiden BMW-Erb*innen 2023 einen Gewinnanteil von unglaublichen 8,3 Milliarden Euro – 1995 waren es „nur“ 340 Millionen Euro. Insgesamt entfielen bis in die 1990er Jahre rund 30 Prozent des Gesamteinkommens auf die einkommensstärksten 10 Prozent, heute sind es etwa 40 Prozent.



Deutlich seltener als über die Verteilung von Einkommen wird über die Verteilung der Vermögen gesprochen. Dabei ist Vermögen noch deutlich ungleicher verteilt.

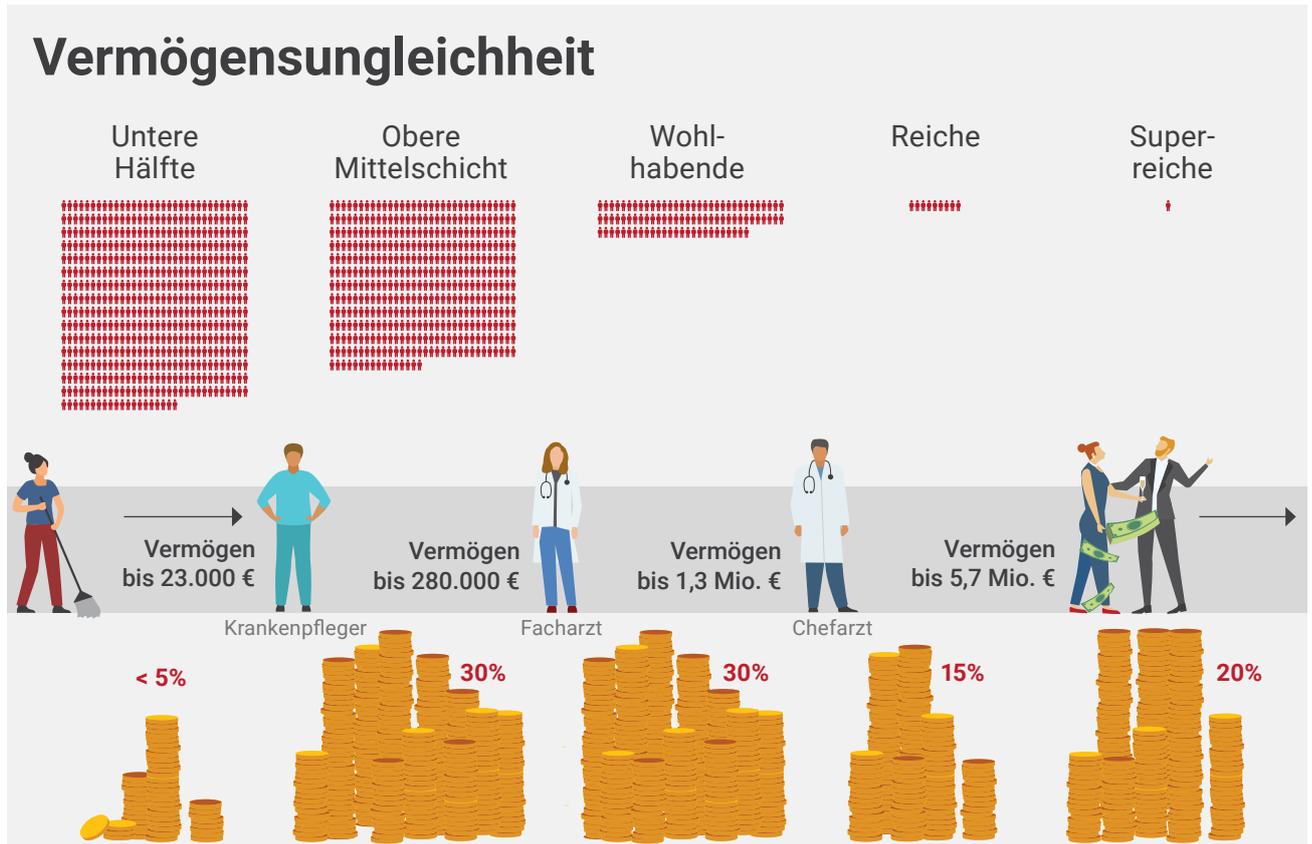
» Die ärmere Hälfte der Menschen in Deutschland besitzt so gut wie gar kein Vermögen oder ist sogar verschuldet und wohnt dabei meist zur Miete. Diese Menschen sind besonders darauf angewiesen, dass

Mieten bezahlbar bleiben und die gesetzliche Rente verlässlich ist, weil sie kaum Rücklagen haben.

» Zur reicheren Hälfte in der Vermögensverteilung gehört man schon mit einem Vermögen von 23.000 Euro. Menschen der oberen Mittelschicht besitzen meistens immerhin eine eigene Wohnung und ein paar Ersparnisse.

» Den reichsten 10 Prozent der Menschen gehören rund 70 Prozent des gesamten Privatvermögens und so gut wie alle Unternehmensanteile und Mietwohnungen.⁹ Von steigenden Aktienkursen, Rekordgewinnen der Unternehmen und höheren Mietpreisen profitieren deswegen fast nur sie.

» Die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung, also etwa 70.000 Erwachsene, besitzen zusammen etwa 20 Prozent des gesamten Vermögens. Sie haben so viel Vermögen, dass sie von den Erträgen leben können, ohne jemals arbeiten zu müssen. Für sie bedeutet noch mehr Vermögen vor allem mehr Einfluss und Macht.



Lesebeispiel: Wenn Deutschland ein Dorf mit 1.000 Einwohnern wäre, gäbe es einen Superreichen. Ihm würden 20 Prozent des gesamten Vermögens gehören. Um zu den Superreichen zu gehören, musste man im Jahr 2019 ein Vermögen von mindestens 5,7 Millionen Euro besitzen. (Quelle: DIW Wochenbericht 29/2020)

Eine ungleiche Vermögensverteilung ist nicht zwangsläufig ein Problem. Menschen, die sozial abgesichert sind und in einer guten und bezahlbaren Mietwohnung leben, sind weniger auf eigenes Vermögen angewiesen. Dennoch bedeutet Vermögen Sicherheit, verbessert Lebenschancen und kann sich sogar auf die Lebenserwartung auswirken. Kritisch wird extreme Ungleichheit, wenn Wohlhabende ihr Vermögen nutzen, um politischen Einfluss zu nehmen, anstatt gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Wie gefährlich das für die Demokratie sein kann, zeigte Elon Musk bei den US-Präsidentenwahlen: Er

spendete nicht nur große Summen für den Wahlkampf und verlor täglich eine Million US-Dollar unter Wählerinnen und Wählern, sondern beeinflusste über seine Social-Media-Plattform X auch gezielt die öffentliche Meinung in seinem Sinne.

Auch in Deutschland befinden sich viele private Medien seit Langem im Besitz wohlhabender Familien. Studien zeigen außerdem, dass die Interessen wohlhabender Menschen bei politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden, was das Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“ untergräbt.¹⁰

EXKURS: EINE DEMOKRATIE MUSS VERMÖGEN UND EINKOMMEN BEGRENZEN (VON KARL-MARTIN HENTSCHEL, ATTAC)



Einige wenige Menschen besitzen so viel Vermögen, dass sie es selbst mit einem luxuriösen Lebensstil nicht ausgeben könnten. Mehr davon bedeutet für sie nicht mehr Glück oder Zufriedenheit, sondern mehr Macht, die noch dazu oft über Generationen weitergereicht wird und mit eigener Leistung nicht zu begründen ist oder sogar auf kriminelle Ursprünge zurückgeht. Solche Vermögen sind mit einer Demokratie nicht kompatibel. Wo könnte eine akzeptable Grenze sein? Der Bundeskanzler verdient netto etwa das Zehnfache einer Friseurin – also eine Facharbeiterin, die üblicherweise 40 Stunden in der Woche für den Mindestlohn arbeitet. Der bestbezahlte Manager der Republik, der VW-Chef Michael Blume, verdient 36-mal so viel wie ein Bundeskanzler. Das Einkommen des reichsten Mannes Deutschlands – Michael Kühne –

summiert sich etwa auf das 600-fache von Herrn Blume oder 200.000-mal so viel, wie bei der Friseurin. Um das Einkommen von Michael Blume auf das 100-fache des Mindestlohns zu begrenzen, müsste der Spitzensteuersatz etwa 90 % betragen. Würde man das Vermögen auf das 1.000-fache des Mindestlohns begrenzen, also etwa 25 Millionen Euro, würde der Eigentümer bei einer typischen Rendite von 5 % ohne zu arbeiten immer noch 50-mal so viel einnehmen, wie die Friseurin. Der Steuersatz müsste deutlich über 10 % liegen, um Milliardenvermögen langsam abzuschmelzen. Große Unternehmen könnten dann – wie heute schon in erfolgreichen Beispielen – als gemeinnützige Stiftung, Genossenschaft oder mit einer demokratischen Gemeinwohl-Unternehmensverfassung organisiert werden.

EXKURS: GLOBALE UNGLEICHHEIT

Auf globaler Ebene sorgt die extreme Ungleichheit dafür, dass trotz nie dagewesenen Wohlstands knapp 700 Millionen Menschen mit extremer Armut und Hunger leben müssen. Diese Menschen leiden am stärksten unter Umweltzerstörung, Klimawandel und globalen Krisen. Auf der anderen Seite gibt es etwa 60 Millionen Millionäre, die fast die Hälfte des gesamten Vermögens und die damit einhergehende Macht unter sich aufteilen. Allein

durch ihren Lebensstil und ihre Investitionen sind sie für etwa 17 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Über ihre Unternehmen halten sie außerdem die Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung in der Hand, wehren sich aber viel zu oft mit ihrem Geld gegen Veränderung. Statt über Steuern für einen gewissen Ausgleich zu sorgen, machen Steueroasen und Schattenfinanzplätze das Problem eher größer als kleiner.¹¹



So viel hätten alle bei absoluter Gleichverteilung:

✓ 80.000 € Vermögen pro Erwachsenem

✓ 30 € Einkommen pro Tag

✓ 6 t CO₂-Ausstoß pro Jahr

Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen

Deutschland ist ein Niedrigsteuerland für Vermögen. Gleichzeitig sind die Steuern und Abgaben auf Arbeit hoch. Wer Vermögen besitzt und die Erträge aus diesem Vermögen anhäuft, zahlt weniger Steuern als jemand, der durch Arbeit ein Vermögen aufbauen will.

Angesparte Unternehmensgewinne, Mieteinnahmen und besonders große Erbvermögen profitieren von Steuerprivilegien und gerade die größten und profitabelsten Konzerne verschieben ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne in Steueroasen.



Lesebeispiel: Der Höchststeuersatz für Einkommen beträgt 47,5 Prozent. Unternehmensgewinne, die in Holding-Gesellschaften – also gewissermaßen „Unternehmensspargbüchsen“ – angesammelt werden, unterliegen einer Besteuerung von rund 30 Prozent. Durch geschickte steuerliche Gestaltung kann der effektive Steuersatz auf Mieteinnahmen sogar auf unter 20 Prozent sinken.

Die meisten Privilegien für Vermögenseigentümer wurden in den letzten 30 Jahren geschaffen. Fast 75 Jahre gab es in Deutschland eine Vermögensteuer. Erst 1997 entschieden Union und FDP, sie nicht weiter zu erheben. Kurz darauf halbierte die SPD mit den Grünen und später mit der Union die Steuer auf Unternehmensgewinne, die im Unternehmen einbehalten werden. Für die reichsten Deutschen hat sich der effektive Steuersatz durch diese Reformen von über 60 Prozent auf etwa 30 Prozent mehr als halbiert.

Diese Steuersenkungen für Reiche fielen in eine Zeit, in der die Arbeitslosigkeit hoch war. In dieser Zeit warnten Lobbyverbände und Ökonomen, dass Deutschland im internationalen Standortwettbewerb zurückfällt. Sie versprachen, dass niedrigere Steuern für Reiche und ihre Unternehmen zu höheren Investitionen, zusätzlichen Arbeitsplätzen und mehr Wohlstand für alle führen würden. Mit den gleichen Argumenten plädieren viele von ihnen aktuell für weitere Steuersenkungen.

Doch zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass es keinen klaren Zusammenhang zwischen Steuersenkungen und wirtschaftlichem Wachstum gibt.¹² Stattdessen sind vor allem die Milliardenvermögen gewachsen. Laut Reichenliste des Manager Magazins haben sie sich von 2001 bis heute von 200 auf fast 800 Milliarden Euro vervierfacht. Parallel zu diesem starken Wachstum der Milliardenvermögen sind die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Probleme massiv gewachsen.

Ein großer Teil der angehäuften Vermögen ist in ausländische Fabriken und in den globalen Finanzmarkt geflossen. Gleichzeitig entgingen dem Staat seit 1997 durch die ausgesetzte Vermögensteuer mehr als 400 Milliarden Euro an Einnahmen.¹³ Dadurch wurden dringend benötigte Investitionen in Krankenhäuser, Schulen, Brücken und den sozialen Wohnungsbau ebenso vernachlässigt wie Digitalisierung und der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft. Grund genug, die Steuerprivilegien genauer zu prüfen.

Zum Beispiel: BMW-Erb*innen

WELCHE VERMÖGENSVERTEILUNG GERECHT UND WIRTSCHAFTLICH SINNVOLL IST, IST EINE KOMPLEXE FRAGE. EIN KONKRETES BEISPIEL KANN DAZU BEITRAGEN, SIE GREIFBARER ZU MACHEN.

Die BMW-Erb*innen sind das reichste Geschwisterpaar Deutschlands. Der Ursprung ihres Familienvermögens geht auf ihren Urgroßvater zurück, der Ende des 19. Jahrhunderts als Tuchfabrikant in Brandenburg den Grundstein legte. Ihr Großvater vergrößerte das Vermögen als wichtiger Lieferant der Kriegsmarine und mit Aktienspekulationen in der Krise nach dem 1. Weltkrieg. Er war frühzeitiger Unterstützer der NSDAP. Im 2. Weltkrieg profitierte die Familie von der Enteignung jüdischen Besitzes und beschäftigte in ihren Fabriken Zwangsarbeiter. 1959 beteiligte sich ihr Vater schließlich an der notleidenden BMW AG.

Die zwei Geschwister erbten von ihren Eltern fast die Hälfte aller BMW-Anteile. Diese Anteile bescherten

ihnen 2023 ein Einkommen von mehr als 8 Milliarden Euro. Darauf zahlte BMW 29 Prozent Unternehmenssteuern. 2024 erhielten die Geschwister dann fast 2 Milliarden Euro Dividende. Einen großen Teil davon sparten sie in ihren Beteiligungsgesellschaften an. Weil auf diese angesparten Gewinne weder Vermögensteuer noch Kapitalertragsteuer fällig werden, sank ihr Steuersatz von mehr als 60 Prozent im Jahr 1996 auf aktuell weniger als 30 Prozent.

Ihr Vermögen ist seit 2001 von etwa 11 Milliarden Euro auf mehr als 34 Milliarden Euro gewachsen. Bei 5 Prozent Rendite pro Jahr wären es heute schon mehr als 80 Milliarden Euro.

Was wurde aus den im Unternehmen angesparten Gewinnen?

BMW hat seit 1999 insgesamt 170 Milliarden Euro Gewinne erwirtschaftet. Darauf zahlte BMW 60 Milliarden Euro (etwa 30 Prozent) Unternehmenssteuern. Etwa 30 Milliarden Euro wurden an die Anteilseigner ausgeschüttet, 15 Milliarden Euro davon für die geerbten Anteile. Etwa 80 Milliarden Euro wurden im Unternehmen einbehalten. BMW finanzierte damit vor allem Kredite und Leasingverträge für Autokunden und den Kauf eines chinesischen Joint Venture Partners. Trotzdem ist der Wert des Unternehmens nur um 30 Milliarden

Euro gestiegen. Aus Sicht des Finanzmarkts wurde das Geld also nicht nachhaltig investiert. Ob es aus gesellschaftlicher Sicht dort gut aufgehoben war, ist eine andere Frage. Die Zahl der Mitarbeiter in Deutschland ist um 18.000 auf 89.000 gestiegen, obwohl nur noch jeder zehnte BMW in Deutschland verkauft wird. Aber diese Arbeitsplätze waren mit schätzungsweise 50 Milliarden Euro Steuerersparnis (3 Millionen Euro pro Arbeitsplatz) teuer erkaufte.

Was passiert mit den ausgeschütteten Dividenden?

Was mit den knapp 15 Milliarden seit 1999 an die Geschwister ausgezahlten Dividenden passiert ist, ist anhand öffentlicher Unterlagen nicht nachvollziehbar. Sie werden wahrscheinlich durch Vermögensverwalter

am internationalen Finanzmarkt und in Immobilien investiert. Ob sie dem Grundgesetz entsprechend "zugleich dem Wohle der Allgemeinheit" dienen, bleibt ihr Geheimnis.

ÜBRIGENS: Allein die im Jahr 2022 verkauften Fahrzeuge von BMW werden über ihren Lebenszyklus etwa 100 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. BMW war zwar eines der ersten Automobilunternehmen, das bereits 1973 einen Umweltbeauftragten ernannte. Dennoch scheint die „Freude am Fahren“ – und am Verkauf großer, emissionsstarker Fahrzeuge – über Jahrzehnte hinweg eine höhere Priorität erhalten zu haben als die Sorge um ökologische Nachhaltigkeit.

Steuern auf Arbeit: bis zu 47,5 Prozent

Für die meisten Menschen ist der Arbeitslohn die wichtigste Einkommensquelle. Etwa 70 Prozent aller Einkommen sind Löhne. Darauf wird die Lohnsteuer fällig. Zusätzlich zahlen die meisten Menschen und ihre Arbeitgeber noch Beiträge zur Sozialversicherung. Beides wird direkt vom Arbeitgeber abgeführt.

Der Weg vom Brutto- zum Nettolohn hat vier Stufen:

- 1. Arbeitgeber-Brutto:** Die gesamten Lohnkosten des Arbeitgebers, also die Summe aus dem Arbeitnehmer-Brutto und dem Anteil des Arbeitgebers an den Sozialabgaben.
- 2. Arbeitnehmer-Brutto (Bruttolohn):** Der im Arbeitsvertrag vereinbarte Lohn, also vor Abzügen.
- 3. Zu versteuerndes Einkommen:** Die Grundlage für die Berechnung der Steuer. Dafür dürfen vom Bruttolohn die Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden.
- 4. Nettogehalt:** Das ausgezahlte Gehalt nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträge (und nach Korrekturen durch die Steuererklärung).

Einkommen wird progressiv besteuert. Das bedeutet: Mit steigendem Einkommen erhöht sich nicht nur der absolute Steuerbetrag, sondern auch der Steuersatz. Auf Einkommen bis zum Grundfreibetrag von derzeit rund 12.000 Euro wird keine Steuer fällig. Rund 20 Prozent der Erwerbstätigen zahlen deswegen keine Einkommensteuer. Nach Überschreiten des Grundfreibetrags beginnt der Steuersatz bei 14 Prozent und steigt bis zum Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Dieser greift ab einem zu versteuernden Einkommen von 68.481 Euro, was einem Bruttolohn von rund 80.000 Euro pro Jahr entspricht. Ab einem zu versteuernden Einkommen von 277.826 Euro greift der höchste Steuersatz von 45 Prozent, auch „Reichensteuer“ genannt.

Zusätzlich zur Einkommensteuer wird für die etwa 10 Prozent der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen eine Ergänzungsabgabe fällig: der Solidaritätszuschlag. Sehr hohe Einkommen werden daher insgesamt mit bis zu 47,5 Prozent besteuert.

Wegen der progressiven Steuersätze und der sehr

ungleich verteilten Bruttoeinkommen zahlen die einkommensstärksten 10 Prozent rund 55 Prozent der gesamten Einkommensteuern. Die Steuer reduziert die Ungleichheit der Einkommen deutlich: Bekommen die oberen 10 Prozent vor Steuern noch 40 Prozent des Einkommens, sind es nach Steuern noch 30 Prozent.

MYTHEN-CHECK

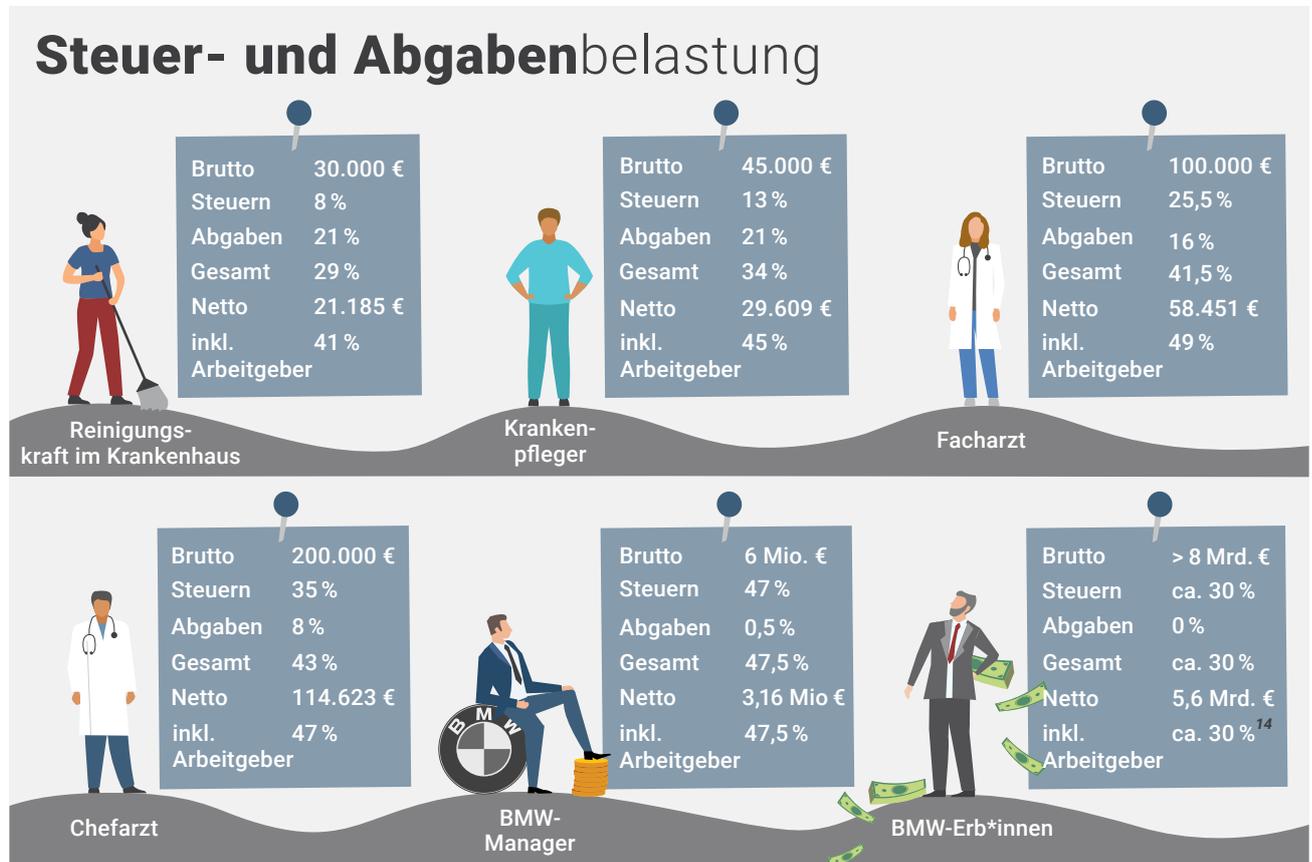
Zahlt heute schon der Facharbeiter den Spitzensteuersatz? Gut bezahlte Facharbeiter bei großen Konzernen kommen mit ihrem Gehalt in die Nähe des Spitzensteuersatzes. Ab etwa 80.000 Euro Bruttolohn liegt ihr zu versteuerndes Einkommen über der Grenze. Dann zahlen sie für jeden zusätzlichen Euro über dieser Grenze den Spitzensteuersatz. Bezogen auf das gesamte Einkommen zahlen sie aber nicht 42 Prozent sondern nur 26 Prozent Steuern. Solidaritätszuschlag müssen sie noch nicht zahlen. Vom Spitzensteuersatz der Wirtschaftswunderjahre von damals 56 Prozent sind die heutigen Facharbeiter allemal weit entfernt.

Wie viel Netto vom Brutto übrig bleibt, also wie viel der Arbeitnehmer im Ergebnis vom Arbeitgeber-Brutto ausgezahlt bekommt, hängt dabei nicht nur von der Steuer, sondern auch von den Beiträgen zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung ab. Sie werden jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen und direkt vom Arbeitgeber abgeführt.

Anders als die Lohnsteuer sind die Sozialabgaben nicht progressiv, sondern es gelten unabhängig von der Einkommenshöhe feste Beitragssätze (Ausnahme: Mini- und Midijobs). Es gibt auch keine Freibeträge. Dafür sind die Beitragssätze nach oben begrenzt. Wer mehr verdient als die Beitragsbemessungsgrenzen (etwa 67.000 Euro für die Krankenversicherung und 90.000 Euro für die Rentenversicherung), zahlt auf das zusätzliche Gehalt keine Beiträge mehr. Wer 670.000 Euro verdient, zahlt also genauso hohe Krankenkassenbeiträge wie jemand, der 67.000 Euro verdient, und kann noch dazu zwischen gesetzlicher und privater Versicherung wählen. Im Verhältnis zum Einkommen sinkt also der Beitrag. Steigende Versicherungsbeiträge betreffen deshalb Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen stärker. Mit höheren Beiträgen steigt zumindest zum Teil aber auch der Anspruch, z.B. auf Rente und Arbeitslosengeld.

Der Blick in die folgende Tabelle zeigt: Für die breite Mehrheit der Gesellschaft ist Deutschland eher Hochabgabenland als Hochsteuerland und das Steuer- und Abgabensystem ist deutlich weniger progressiv als die

meisten Menschen denken. Bei den Einkommen der Superreichen ist es sogar regressiv, sie müssen also einen kleineren Teil ihres Einkommens in die Gemeinschaftskasse abgeben.



Anmerkung: Chefarzt, Manager und Konzern-Eigentümer sind in der Regel privat versichert. Hier werden vereinfachend die Beitragssätze zugrunde gelegt, die bei der gesetzlichen Versicherung anfallen würden.

Lesebeispiel: Die Reinigungskraft im Krankenhaus zahlt 8 Prozent Steuern und 21 Prozent Sozialabgaben. Beim DAX-Manager mit einem 200-mal höheren Einkommen sind es 47 Prozent Steuern, aber nur 0,5 Prozent Sozialabgaben. Rechnet man die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hinzu, sind die gesamten Abzüge beim DAX-Manager mit 47 Prozent nur unwesentlich höher als bei der Reinigungskraft mit 41 Prozent.

EXKURS: SOZIALABGABEN SIND KEINE STEUERN (VON RALF KRÄMER, VER.DI)

Für den internationalen Vergleich werden Sozialabgaben wie Steuern behandelt, aber es gibt große Unterschiede. Sozialabgaben sind Versicherungsbeiträge. Wer sie zahlt, hat Anspruch auf direkte Gegenleistungen. Sie werden zur Hälfte von den Arbeitgebern bezahlt sowie zweckgebunden und unter Mitbestimmung gewählter Versichertenvertreter verwendet. Anders als bei privaten Versicherungen sind die Beiträge nicht vom Risiko abhängig, sondern vom Einkommen. Die Renten sind umso höher, je höher die Beiträge waren. Bei der Kranken- und Pflegeversicherung gilt das Solidarprinzip: Nicht Kranke und Alte zahlen mehr, sondern Personen mit

hohen Einkommen. Allerdings nur bis zu Beitragsbemessungsgrenzen und nur für Löhne und Gehälter. Reiche zahlen also prozentual weniger. Soziale Organisationen fordern diese Grenze zu erhöhen und alle Erwerbstätigen (auch Selbständige und Beamte) sowie Vermögenseinkommen einzubeziehen. Dadurch könnten die Beitragssätze für alle gesenkt werden. Von Sozialabbau und Privatisierung profitieren dagegen nur Arbeitgeber, Wohlhabende, kinderlose Gesunde und die Versicherungsunternehmen. Für die große Mehrheit der Bevölkerung würde es teurer, wenn sie sich privat versichern oder alle Kosten selbst zahlen müssten.

► Verbesserungsvorschläge

» für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Verheiratete Paare haben erhebliche Steuervorteile gegenüber Unverheirateten, insbesondere wenn ein Partner deutlich mehr verdient als der andere. Der Grund dafür ist die besondere Form der Besteuerung von Ehen in Deutschland: das sogenannte Ehegattensplitting. Dabei addiert das Finanzamt beide Einkommen, halbiert den Betrag und besteuert die Hälfte zweimal – daher die Bezeichnung „Splitting“.

Je größer der Einkommensunterschied, desto höher die Steuerersparnis. Die maximale Ersparnis liegt bei fast 20.000 Euro pro Jahr, wenn ein Partner 550.000 Euro verdient und der andere kein Einkommen hat:

- 1. Steuern ohne Ehegattensplitting: 243.780 Euro (Steuersatz: 43,9 Prozent)**
- 2. Steuern mit Ehegattensplitting: 223.765 Euro (Steuersatz: 40,3 Prozent)**

Das Splitting gilt unabhängig davon, ob ein Paar Kinder hat oder nicht. Ein besonderes Problem dabei: Wenn der Partner ohne Einkommen bezahlte Arbeit aufnimmt, wird dessen zusätzliches Einkommen höher besteuert, als wenn er nicht verheiratet wäre. Das reduziert den Anreiz, zusätzliche Erwerbsarbeit aufzunehmen und die Care-Arbeit gleichmäßiger aufzuteilen. Zusätzlich zahlt, wer weniger verdient, auch weniger in die Sozialversicherung ein. Das wiederum führt zu geringeren Rentenansprüchen und erhöht das Risiko von Altersarmut vor allem im Falle einer Trennung. In Deutschland trifft das besonders häufig Frauen.

Wenn das Splitting abgeschafft würde und dabei die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für die Besteuerung der Ehe beachtet würden, könnte der Staat rund 11 Milliarden Euro mehr einnehmen. Dieses Geld könnte genutzt werden, um gezielt Familien zu fördern, etwa indem das Kindergeld erhöht und die Betreuungsplätze für Kinder ausgebaut werden.

» für die Mittelschicht

Damit die Steuerbelastung mit steigenden Preisen und Löhnen nicht steigt, müssen die Freibeträge regelmäßig angepasst werden. Das ist in den letzten Jahren passiert, führt aber jedes Mal zu großen Diskussionen und wird oft als Entlastung für die Mittelschicht verkauft. Die Mehrzahl der Steuerzahlenden

wirklich zu entlasten, wäre sehr teuer. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dafür ein Konzept vorgelegt. Es umfasst einen höheren Grundfreibetrag und eine langsamere Progression am unteren Ende. Dafür wird der Spitzensteuersatz auf 49 Prozent und der Reichensteuersatz auf 52 Prozent angehoben. Das entlastet etwa 95 Prozent der Steuerzahlenden um insgesamt etwa 25 Milliarden Euro und führt unterm Strich zu Mindereinnahmen von ungefähr 7 Milliarden Euro.

» für eine solidarische Sozialversicherung für alle

Wenn wie in der Schweiz die Bemessungsgrenzen abgeschafft würden und auch Menschen mit sehr hohen Einkommen und hohem Vermögen in die gemeinsame Sozialversicherung einzahlen würden, könnten die Beiträge für alle anderen um fast 100 Milliarden Euro oder bis zu 3,5 Prozentpunkte sinken.¹⁵ Auch Politiker und Beamte sollten Teil der gesetzlichen Versicherung sein. Das wäre zwar kurzfristig teuer für den Staat, weil er dann höhere Bezüge zahlen müsste, würde sich aber langfristig auszahlen.

MYTHEN-CHECK

Mehrarbeit lohnt sich manchmal nicht, aber nicht wegen der Steuern...

Für manche Menschen mit sehr niedrigem Einkommen lohnt sich Mehrarbeit finanziell kaum oder gar nicht. Das hat aber weniger mit dem Steuer- und Abgabensystem zu tun als mit den sogenannten Transferentzugsraten bei den steuerfinanzierten Sozialleistungen. Mit steigenden Einkommen verlieren Menschen schrittweise den Anspruch auf staatliche Unterstützung durch die Grundsicherung, aber zum Beispiel auch durch das Wohngeld und den Kinderzuschlag. Dass die Leistungen mit höherem Einkommen sinken, ist auch richtig. Allerdings ist dieses System derzeit so ausgestaltet, dass Menschen unter gewissen Umständen von ihrem zusätzlichen Einkommen so gut wie gar nichts haben. Das wollte die Ampelkoalition eigentlich ändern und hat dafür Experten beauftragt, die Ende 2023 Reformvorschläge vorgelegt haben. Die wurden aber bis heute nicht umgesetzt.

Steuern auf Vermögensanhäufung: weniger als 30 Prozent

Menschen, die ihr Einkommen nicht komplett zum Leben brauchen, können ihr Geld für sich arbeiten lassen, indem sie es in Unternehmen, am Finanzmarkt oder in Immobilien investieren. Dafür erhalten sie Gewinne, Dividenden und Mieteinnahmen. Etwa 20 Prozent aller Einkommen in Deutschland sind solche Vermögenseinkommen. Diese Vermögenseinkommen sind noch ungleicher verteilt als die Vermögen selbst, weil die reichsten Menschen die rentabelsten Vermögenswerte besitzen. Rein rechnerisch haben die reichsten 0,1 Prozent (70.000 Erwachsene) im Durchschnitt ein Einkommen von mehr als zwei Millionen Euro pro Jahr, ohne dafür arbeiten zu müssen. Die reichsten Deutschen haben Vermögenseinkommen von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr – nach Steuern.

Vermögenseinkommen unterliegen, genauso wie Löhne, im Prinzip der progressiven Einkommensteuer. Aber anders als Einkommen aus Arbeit werden Vermögenseinkommen in der Regel in zwei Stufen besteuert.

Handelt es sich beim Vermögenseinkommen um Unternehmensgewinne, fallen zunächst auf Ebene des Unternehmens Steuern von etwa 30 Prozent an (Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer). Wird der versteuerte Gewinn aus dem Unternehmen dann auf private Konten ausgeschüttet, wird zusätzlich die Kapitalertragsteuer (bzw. Abgeltungsteuer) in Höhe von 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag einbehalten. Insgesamt ergibt sich so ein Steuersatz von etwa 48 Prozent. Damit werden Vermögenseinkommen etwa so hoch besteuert wie sehr hohe Arbeitseinkommen.

Bei der zweistufigen Besteuerung haben Multimillionäre und Milliardäre einen Vorteil. Den zweiten Teil der Besteuerung – die Kapitalertragsteuer – können sie auf unbestimmte Zeit verschieben. Weil sie nur einen kleinen Teil ihrer Einkommen für den privaten Lebensunterhalt benötigen, können sie auf die steuerpflichtige Ausschüttung verzichten. Stattdessen können sie die Gewinne in eine sogenannte Sparbüchsen-GmbH ausschütten und dort ansparen, ohne Kapitalertragsteuer zu zahlen.

Mit dem niedrig besteuerten Gewinn können sie beliebige Aktien oder Immobilien kaufen. Sie können also 70 statt 52 Euro investieren und bekommen bei gleicher Rendite höhere Gewinne. Das ist ein Grund, warum ihre Vermögen schneller wachsen. Mit ein paar Tricks können sie mit dem niedrig besteuerten Geld auch ihren Lebenswandel finanzieren – vom Geschäftsessen über den viel genutzten Dienstwagen bis hin zum Privatkredit vom eigenen Unternehmen.

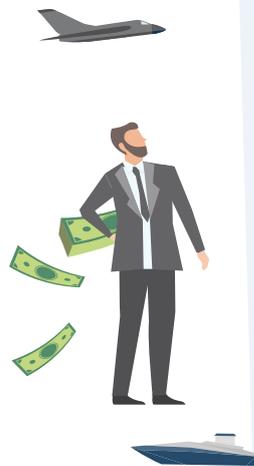
Der Eigentümer eines mittleren Unternehmens (47,5 %)

- Erhält 100 € Gewinn
- Zahlt 30 € Unternehmenssteuern
- Schüttet die verbleibenden 70 € aufs Privatkonto aus
- Zahlt nochmal 18 € Abgeltungsteuer (26,75 % von 70 €)
- Kann 52 € für Konsum oder Sparen ausgeben



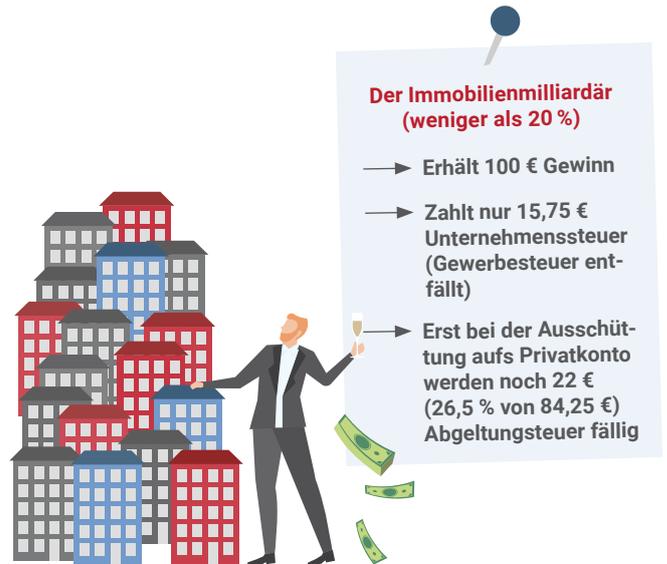
Der Milliardär (weniger als 30 %)

- Erhält 100 € Gewinn
- Zahlt 30 € Unternehmenssteuern
- Schüttet die verbleibenden 70 € an seine Sparbüchsen-GmbH aus
- Zahlt darauf nur maximal 1,5 %
- Investiert wieder und erzielt dank „Steuerbonus“ höhere Renditen
- Erst bei der Ausschüttung aufs Privatkonto wird die Kapitalertragsteuer fällig



Neben den Unternehmensgewinnen sind Mieteinnahmen eine weitere wichtige Einkommensquelle für Superreiche. Dabei profitieren sie von zusätzlichen Steuerprivilegien. Für reine Wohnungsunternehmen entfällt die Gewerbesteuer. Immobilienmilliardäre zahlen auf ihre in der Unternehmensspargbüchse angesammelten Mieteinnahmen deswegen nur 16 Prozent Steuern. Selbst wenn sie die Gewinne schließlich ausschütten, werden insgesamt höchstens 38 Prozent fällig.

Das macht die Investition in Immobilien steuerlich besonders attraktiv – egal ob man neue Wohnungen baut oder nur mit Bestandsimmobilien spekuliert. Das treibt die Preise und damit die Mieten weiter in die Höhe und verstärkt die soziale Ungleichheit auf dem Wohnungsmarkt.



ÜBRIGENS: STEUERFREIE VERÄUSSERUNGSGEWINNE

Auch Menschen, die ihre Immobilien nicht extra in Unternehmen verpacken, profitieren von einem schwer zu rechtfertigenden Steuerprivileg. Sie können die Immobilien nach 10 Jahren steuerfrei verkaufen. Sie können erst jahrelang ihre Einkommensteuer mit einem theoretischen Wertverlust (Abschreibung) kleinrechnen und bekommen dann noch beim Verkauf die oft sehr hohen Wertsteigerungen steuerfrei. Bei Bitcoins, Gold und Oldtimern geht das sogar schon nach einem Jahr.

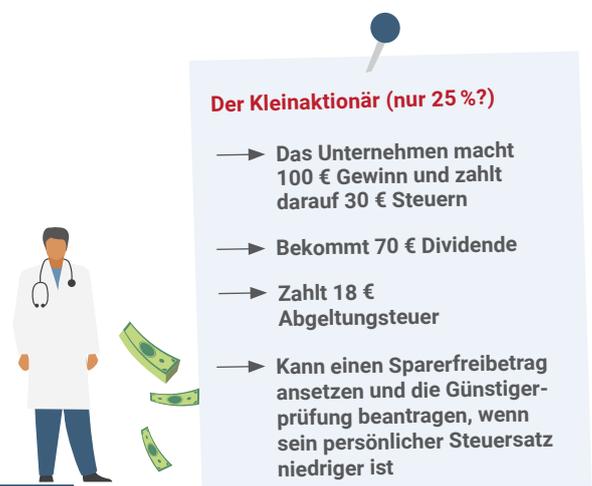
Bleibt schließlich noch der Aktionär. Er zahlt auf Dividenden und Gewinne aus dem Verkauf von Aktien die pauschale Abgeltungsteuer von 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag. Da Kapitalerträge pauschal besteuert werden, zahlt ein gutverdienender Aktionär weniger Steuern als auf zusätzliches Arbeitseinkommen. Berücksichtigt man auch die Steuer, die das Unternehmen bereits gezahlt hat, werden die Aktiengewinne insgesamt mit etwa 48 Prozent besteuert. Aber: Einige Steuerregeln unterscheiden schon heute

zwischen Unternehmern und Aktionären. Das wäre auch hier möglich. Das empfehlen beispielsweise die Teilnehmenden der Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen.

Zumindest bei Zinsen verstößt die pauschale Abgeltungsteuer sehr wahrscheinlich gegen das Gebot der Gleichbehandlung.¹⁶ Weil Unternehmen die Zinsen von ihren steuerpflichtigen Gewinnen abziehen dürfen, werden sie insgesamt nur mit 25 Prozent besteuert.

ÜBRIGENS: STEUERVORTEILE FÜR KLEINSPARER

Liegt der persönliche Einkommensteuersatz unter 25 Prozent, werden die Kapitalerträge mit diesem niedrigeren Satz besteuert. Und wenn die Aktiengewinne insgesamt unterhalb des Sparerfreibetrags von knapp 1.000 Euro liegen, werden gar keine Steuern fällig.



► Reformvorschlag 1: Mindeststeuer für Milliardäre und Multimillionäre

Im November 2024 haben sich die Staatschefs der 20 reichsten Länder (G20) geeinigt, gemeinsam an einer gerechteren Besteuerung für Superreiche zu arbeiten. Anfang 2025 hat das französische Parlament sogar eine Milliardärssteuer beschlossen, allerdings bisher ohne Zustimmung der Regierung, die das umsetzen müsste. Grundlage dafür war eine Analyse des französischen Ökonoms Gabriel Zucman.¹⁷ Er zeigt, dass Milliardäre genauso wie in Deutschland auch in anderen Ländern niedriger besteuert werden als durchschnittliche Beschäftigte. Zucman schlägt deshalb einen globalen Mindeststandard für die Besteuerung von Superreichen vor. Sein Vorschlag soll sicherstellen, dass sie mindestens 50 Prozent von ihren Einkommen abgeben müssen. Dazu schlägt er eine Mindeststeuer von 2 Prozent auf Vermögen über 100 Millionen US-Dollar vor. Falls sie schon Einkommensteuer zahlen, können sie sich diese anrechnen lassen.

Wie aus einer 2-prozentigen Vermögensteuer eine 50-prozentige Einkommensteuer wird, zeigt folgendes Rechenbeispiel:

Vermögen (Wert des Unternehmens)	1.000.000.000	
Einkommen (Gewinn des Unternehmens)	75.000.000	
Unternehmensteuer (25% vom Gewinn)	18.750.000	52%
Vermögensteuer (2% vom Vermögen)	20.000.000	
Gesamte Steuern	38.750.000	
Steuersatz (bezogen auf das Einkommen von 75.000.000 €)	52 %	

Diagramm zur Berechnung: Ein blauer Pfeil zeigt den Übergang von 2% Vermögensteuer (20.000.000 €) zu 52% Einkommensteuer (38.750.000 €) auf Basis des Einkommens (75.000.000 €).

Eine solche Steuer würde laut Zucman weltweit bis zu 377 Milliarden US-Dollar pro Jahr einbringen. Zucmans Vorschlag enthält zusätzlich Vorschläge, um die Bewertung der Vermögen zu vereinfachen und Steuerflucht zu verhindern.

In Deutschland würde eine solche Steuer:

- » 11 bis 28 Milliarden Euro pro Jahr einbringen,
- » nur knapp 4.500 Haushalte betreffen,
- » rechtlich einfach umsetzbar sein, weil es bereits detaillierte Bewertungsregeln und vorbildliche Maßnahmen gegen Steuerflucht gibt.¹⁸

Deutschland kann und sollte sich anderen Ländern anschließen, die die Einführung einer solchen Steuer planen. Das wäre ein wichtiger erster Schritt, um der wachsenden Ungleichheit entgegenzuwirken. Um den Ängsten der Gegner vor einer übermäßigen Besteuerung Rechnung zu tragen, könnte man zum Beispiel einen Ausgleich für gute und schlechte Jahre zulassen und eine Obergrenze für die Besteuerung festlegen. Die meisten in der aktuellen Debatte wieder aufgewärmten Argumente gegen eine Vermögensteuer könnte man damit problemlos entkräften.

MYTHEN-CHECK

Die großen Vermögen können nicht einfach ins Ausland fliehen...

Deutschland hatte viele Jahre hohe Steuern auf Vermögen und Erbschaften. Trotzdem sind nur wenige Superreiche ins Ausland geflohen. Grund dafür ist auch die 1972 eingeführte Wegzugsteuer. Sie dient international als Vorbild und sorgt dafür, dass etwa Susanne Klatten an der Grenze bei einem fiktiven Wegzug mehr als 3 Milliarden Euro Steuern allein für ihre BMW-Anteile zahlen müsste - vorausgesetzt sie würde ihre Heimat, ihr persönliches Netzwerk und ihre politischen Verbindungen wegen der Steuer opfern wollen.

Mythen-Check zur Vermögensteuer

Das Verfassungsgericht hat die Vermögensteuer nicht verboten

Die Vermögensteuer wurde von 1922 bis 1996 ohne größere Probleme erhoben und ist im Grundgesetz ausdrücklich vorgesehen. 1995 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Vermögensteuer für verfassungswidrig, weil die Bewertungsgrundlage für Immobilien veraltet war. Die Politik hätte das Gesetz anpassen können, entschied sich jedoch 1997 unter der damaligen Regierung (CDU/CSU, FDP) dafür, die Steuer nicht mehr zu erheben. Für die Grundsteuer wurden die Regelungen zur Immobilienbewertung inzwischen in den meisten Bundesländern – außer in Bayern, Hamburg und Niedersachsen – angepasst. Angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit kommt ein aktuelles Gutachten zu dem Schluss, dass die Wiedererhebung der Vermögensteuer verfassungsrechtlich geboten wäre.¹⁹

Die Steuer fördert nachhaltiges Wachstum

Weniger als die Hälfte der Milliardäre ist überhaupt noch irgendwie im Unternehmen aktiv. Ein großer Teil der Steuergeschenke für die Superreichen aus den letzten 30 Jahren fließt also nicht an Unternehmerinnen, sondern wird von deren Vermögensverwaltern am Finanzmarkt investiert. Ein weiterer großer Teil fließt in ausländische Investitionen und nicht nachhaltige Produkte wie große Verbrennerautos. Mangels der fehlenden Einnahmen aus der Vermögensteuer wurde dagegen zu wenig in Infrastruktur, Bildung oder einen digitalen und funktionsfähigen Staat investiert. Öffentliche Investitionen in diesem Bereich würden nicht nur vollständig in Deutschland landen, sondern zusätzlich zu langfristigen Strukturverbesserungen führen.

Steuerflucht ist für viele Superreiche keine Option

Obwohl es bis 1996 eine Vermögensteuer gab und bis heute eine Erbschaftsteuer fällig wird, haben nur sehr wenige Milliardäre das Land verlassen. Ein Grund dafür ist die 1972 eingeführte Wegzugsteuer. Sie sorgt dafür, dass das in Deutschland erwirtschaftete Vermögen beim Wegzug mit dem persönlichen Einkommensteuersatz versteuert wird. Für viele Milliardäre würde der Wegzug also Milliarden kosten. Darüber hinaus verlieren sie mit dem Wegzug ihre sozialen Netzwerke und damit auch das Wichtigste, was ihnen ihr Vermögen bieten kann – ihren politischen Einfluss.²⁰

Die Steuer ist einfach zu erheben

Gegner einer Vermögensteuer behaupten, die Erhebung der Steuer würde bis zu 30 Prozent der gesamten Einnahmen kosten – unter anderem, weil Finanzbeamte angeblich in jedem Keller nach Kunstwerken suchen müssten und die Bewertung der Vermögen zu kompliziert sei. Fakt ist: Eine Milliardärssteuer würde nur knapp 4.500 Haushalte treffen. Ein großer Teil ihrer Vermögen besteht aus börsennotierten Unternehmen. Für diese Unternehmen kann der Marktwert leicht am Aktienkurs abgelesen werden. Außerdem haben Hochvermögende professionelle Steuerberater, Banken und Versicherungen, die ihre Vermögen ohnehin erfassen und bewerten. Deren Steuererklärung könnten die Finanzbeamten dann stichprobenartig prüfen. Das machen sie auch heute schon für die Erbschaftsteuer und haben dafür detaillierte Regeln entwickelt. Insgesamt dürften Aufwand und Kosten für die Erhebung einer Steuer auf sehr große Vermögen nicht höher sein als bei anderen Steuerarten.²¹

Steuern für große internationale Konzerne: weniger als 15 Prozent

In Deutschland gibt es etwa 3 Millionen Unternehmen. 10 Prozent von ihnen erwirtschaften etwa 90 Prozent aller Unternehmensgewinne.²⁵ Auf diese Gewinne wird Körperschaftsteuer von 15 Prozent und ein Solidaritätszuschlag von effektiv 0,825 Prozent fällig. Die meisten Unternehmen zahlen zusätzlich noch Gewerbesteuer. Deren Höhe wird von den Gemeinden festgelegt und beträgt durchschnittlich 14 Prozent. Insgesamt zahlen Unternehmen also knapp 30 Prozent Steuern auf ihre Gewinne. Theoretisch wird diese Steuer dort fällig, wo die Unternehmen ihre Gewinne erwirtschaften. In der Praxis ist das nicht immer einfach zu bestimmen. Vor allem die größten und profitabelsten Konzerne können ihre Gewinne in Steueroasen verschieben.

ALPHABET, APPLE, META UND MICROSOFT ZAHLEN NACH UNSEREN BERECHNUNGEN IN DEUTSCHLAND NUR 3 PROZENT STEUERN AUF IHRE HIER ERWIRTSCHAFTETEN GEWINNE.

International tätige Konzerne müssen in jedem Land, in dem sie Fabriken, Büros und Mitarbeiter haben, eine Steuererklärung abgeben. Ein System aus internationalen Standards und Abkommen zwischen einzelnen Staaten soll dafür sorgen, dass Gewinne nur einmal versteuert werden. Warum dieses System immer häufiger an seine Grenzen stößt, versteht man am besten an einem Beispiel.



Wer in Deutschland ein Office-Paket von Microsoft kauft, bekommt eine Rechnung von Microsoft Deutschland. Microsoft Deutschland kauft das Office-Paket wiederum von Microsoft Irland. Dafür stellt sich Microsoft selbst eine Rechnung aus. Nach den

internationalen Regeln muss sich der Preis dafür an „typischen“ Preisen für ähnliche Leistungen orientieren. Typischerweise sind das ungefähr 2 bis 5 Prozent der Einnahmen. Weil Microsoft aber höhere Gewinne erwirtschaftet als „typische“ Unternehmen (etwa 40 Prozent), landet ein wesentlicher Teil der „in Deutschland erwirtschafteten“ Gewinne in Irland. Dort hat Microsoft etwa genauso viele Mitarbeiter wie in Deutschland, aber jeder von ihnen „erwirtschaftet“ etwa 800-mal so viel Gewinn wie der durchschnittliche Mitarbeiter in Deutschland. Auf den irischen Gewinn wurden zuletzt nur 7 Prozent Steuern fällig.

NACH VERSCHIEDENEN SCHÄTZUNGEN FEHLEN ALLEIN DEUTSCHLAND DURCH SOLCHER GEWINNVERSCHIEBUNGEN JEDES JAHR STEUER-EINNAHMEN VON 6 BIS 30 MILLIARDEN EURO.

Die internationalen Standards für die Unternehmensbesteuerung werden vor allem durch die OECD geprägt, den Club der reichsten Industriestaaten. Seit der Finanzkrise 2008 arbeitet die OECD an Reformen. Seit 2016 müssen international tätige Konzerne einen Bericht abliefern, in dem sie ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Ländern aufschlüsseln. 2021 haben sich mehr als 100 Staaten auf ein zweites Reformpaket geeinigt. Es besteht aus zwei Säulen.

Eine der Säulen ist die globale Mindeststeuer. Sie soll dafür sorgen, dass mindestens 15 Prozent Steuern fällig werden, egal wohin die Gewinne verschoben werden. Wenn irgendwo doch weniger Steuern gezahlt werden, wird eine Zusatzsteuer erhoben. Wenn die Steueroase das nicht selbst tut, darf der Heimatstaat des Unternehmens sie erheben. Erst wenn der das auch nicht tut, ist der Staat in dem der Gewinn entstanden ist an der Reihe. In der EU wurde die Mindeststeuer umgesetzt. Microsoft müsste eigentlich ab 2026 in Irland also mehr Steuern zahlen, auch wenn die USA sich nicht beteiligt. Aber die Europäer haben dem Druck von Donald Trump nachgegeben und die US-Konzerne von der Steuer befreit.

DIE MINDESTSTEUER LANDET VOR ALLEM IN IRLAND, DER SCHWEIZ UND ANDEREN STEUEROASEN.²⁶ VIELE WICHTIGE HEIMATSTAATEN GROSSER KONZERNE WIE DIE USA ODER CHINA HABEN DIE REGELN BIS HEUTE NICHT UMGESETZT.

Neben der Mindeststeuer wollte die OECD eigentlich auch dafür sorgen, dass die Gewinne der größten und profitabelsten Konzerne gerechter verteilt werden. Aber diese Neuverteilung der Besteuerungsrechte tritt erst in Kraft, wenn es eine multilaterale Vereinbarung dazu gibt, die von den wesentlichen Staaten ratifiziert wurde. Das ist ohne die USA nicht möglich. Ende 2024 ist die Frist ohne Einigung abgelaufen. Frankreich greift deswegen auf die bereits 2019 beschlossene Digitalsteuer zurück und nimmt damit mehr als eine Milliarde Euro ein. Deutschland hat bisher eine ähnliche Regelung auf Ebene der EU blockiert und auf die internationalen Verhandlungen verwiesen.

NACH UNSERER SCHÄTZUNG ENTGEHEN DEUTSCHLAND DURCH GEWERBESTEUEROASEN JEDES JAHR ETWA EINE MILLIARDE EURO STEUERN.

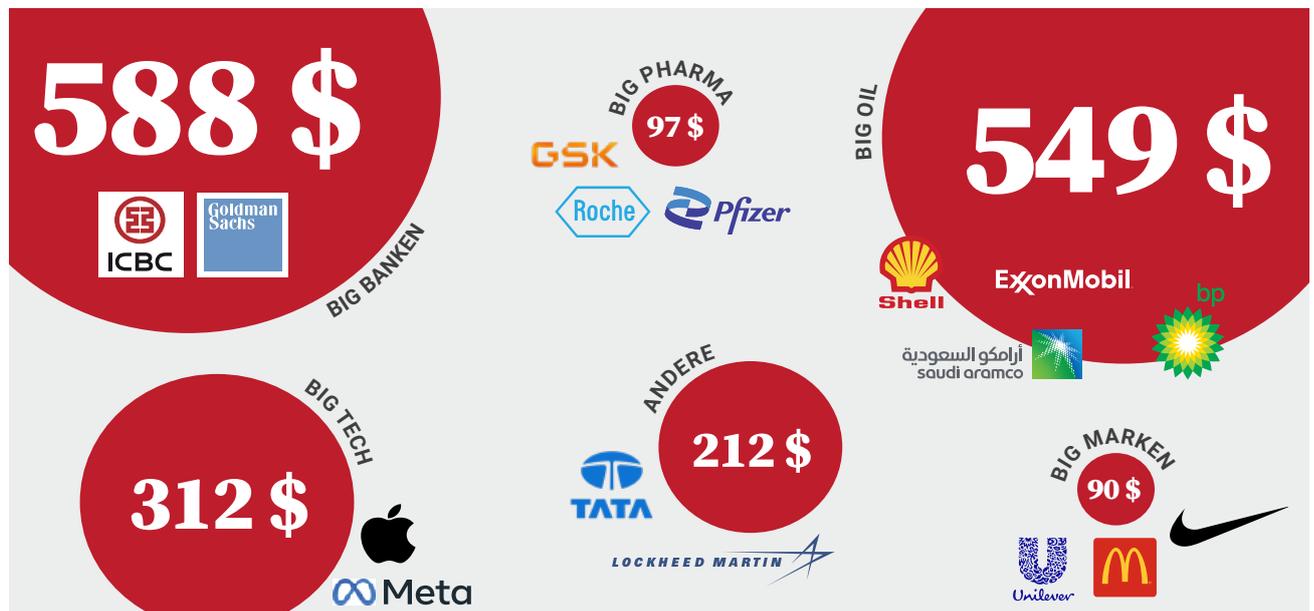
EXKURS: DEUTSCHE STEUEROASEN

Für deutsche Unternehmen ist es schwieriger, im großen Stil Gewinne in internationale Steueroasen zu verschieben, weil für sie besondere Abwehrmaßnahmen gegen Steuerflucht gelten. Sie begrenzen den Missbrauch, ohne ihn ganz zu verhindern. Dafür gibt es auch in Deutschland Steueroasen. Kommunen wie Monheim (für das Ruhrgebiet), Zossen (bei Berlin), Grünwald (bei München) oder der Wald der Bismarcks (nahe Hamburg) locken mit besonders niedrigen Gewerbesteuern. Vor allem größere Unternehmen und die Vermögensverwalter der Superreichen verlagern ihre Patente oder das Eigentum an Immobilien dorthin und überweisen einen Teil ihrer Gewinne als Lizenzzahlungen oder Miete in die Gewerbesteueroasen.

► Reformvorschlag 2: Übergewinne besteuern

Einige wenige internationale Konzerne verfügen mittlerweile über Budgets, die die von vielen Staaten überschreiten. Sie sind zu mächtig für einen fairen Wettbewerb und auch für die Demokratie. In den vergangenen Jahrzehnten war ihre effektive Steuerbelastung weniger als halb so hoch wie die ihrer lokalen Konkurrenten. Eine Übergewinnsteuer könnte das ändern. Sie könnte sich auf die von der OECD ausgearbeitete Definition von Übergewinnen und Verteilungsmechanismen beziehen. Sie könnte wie die französische Digitalsteuer

auch im nationalen Alleingang oder in europäischer Zusammenarbeit beschlossen werden. Bei einem Steuersatz von 50 Prozent auf die Übergewinne würde sie Deutschland nach unserer Schätzung Einnahmen von etwa 20 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Betroffen wären nur die etwa 200 größten und profitabelsten Unternehmen weltweit. Die vier großen US-Konzerne (Alphabet, Apple, Meta und Microsoft) würden dann auf ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne zusätzlich 8 Milliarden Euro zahlen.²⁷



Die Übergewinne der 200 größten und profitabelsten Unternehmen (2023, in Milliarden US-Dollar)

Steuern auf (große) Erbvermögen: viel weniger als 30 Prozent

Die Erbschaftsteuer ist ein schwieriges Thema. Sie ist eng verbunden mit Familie und Tod. Eltern spüren den verständlichen Wunsch, ihren Partner*innen und Kindern etwas zu hinterlassen. Darauf haben sie ein Recht – das sagt zumindest unser Grundgesetz und auch das moralische Bauchgefühl vieler Menschen.

Rein nüchtern betrachtet erhalten die Kinder Geld und andere Vermögenswerte, die sie nicht selbst erarbeitet haben. Die Erbschaftsteuer muss also zwischen Familie und Leistungsgerechtigkeit abwägen.

Deswegen gibt es im internationalen Vergleich großzügige Freibeträge und Ausnahmen bei der Besteuerung von Erbschaften. Wer das Familienheim erbt und dort einzieht, zahlt keine Steuer. Zusätzlich kann jedes Kind von jedem Elternteil noch 400.000 Euro steuerfrei geschenkt bekommen, also bei zwei Eltern mindestens 800.000 Euro, und das alle zehn Jahre. Jede Oma und jeder Opa können noch 200.000 Euro dazugeben. Erst für darüber hinausgehendes Vermögen werden je nach Höhe 7 bis 50 Prozent Erbschaftsteuer fällig.

Ein Rechenbeispiel: Angenommen, jemand erbt ein Mehrfamilienhaus in guter Lage im Wert von fünf Millionen Euro. Das Haus hat zehn gleiche Wohnungen, der Erbe wohnt in einer davon und die beiden Eltern haben schon zehn Jahre vor dem Tod die ersten Anteile am Haus übertragen. Die Wohnung der Eltern, in der jetzt der Erbe wohnt, und weitere 1,6 Millionen Euro sind dann steuerfrei. Für das restliche Vermögen würde laut Steuerrechner eine Steuer von knapp 500.000 Euro fällig. Also etwa so viel, wie ein Kaufinteressent für eine Wohnung im Haus bezahlen müsste. Um die Steuer zu bezahlen, gibt jede Bank einen Kredit, schließlich gibt es neun Mietparteien, die bei der Rückzahlung helfen.



Insgesamt scheint das nicht zu viel verlangt. Jedes Jahr werden in Deutschland schätzungsweise 300 bis 400 Milliarden Euro vererbt.²² Der Staat nimmt aber nur rund 10 Milliarden Euro Steuern ein, also nur 2 bis 3 Prozent, während durchschnittliche Arbeitslöhne mit etwa 18 Prozent besteuert werden. Raucher tragen über die Tabaksteuer mehr zur Gemeinschaftskasse bei als die glücklichen Erben.

Dabei sind die Erbschaften genauso wie das Vermögen extrem ungleich verteilt. Die reichsten 10 Prozent der Gesellschaft bekommen die Hälfte des weitergegebenen Vermögens, während die ärmere Hälfte nahezu leer ausgeht. Nicht die eigene Anstrengung, sondern die Geburt entscheidet immer stärker über die Verteilung von Vermögen. Laut einem Bericht der Großbank UBS haben nur 28 Prozent der deutschen Milliardäre ihr Vermögen selbst erwirtschaftet – die niedrigste Quote weltweit nach Dänemark.²³

Statt diese Ungleichheit zu korrigieren, sorgen Steuerprivilegien dafür, dass Superreiche kaum Erbschaftsteuer zahlen. Wer ein Haus mit zehn Wohnungen erbt, zahlt Steuern. Sind es mehr als 300 Wohnungen wird keine Steuer mehr fällig. Ab dieser Grenze wird aus dem steuerpflichtigen Haus ein Wohnungsunternehmen und Unternehmensvermögen sind faktisch fast vollständig von der Steuer befreit.

Der Bundesfinanzhof und das Bundesverfassungsgericht haben schon mehrmals entschieden, dass zu weitreichende Ausnahmen für große Vermögen gegen die Verfassung verstoßen. Die Politik hat das auf Druck der Lobby des großen Geldes bisher trotzdem nicht geändert. Bei der letzten großen Reform der Erbschaftsteuer im Jahr 2016 wurden zwar die vom Gericht bemängelten Ausnahmen reformiert, dafür wurde aber für Vermögen über 26 Millionen Euro bewusst eine neue Ausnahme geschaffen: die Verschonungsbedarfsprüfung. Wer am Tag vor der Erbschaft nicht genug Geld besitzt, um die Steuer zu bezahlen, gilt demnach als bedürftig und muss die Steuer nicht zahlen, selbst wenn er einen Tag später tausende Wohnungen oder einen hochprofitablen Großkonzern erbt und damit zum Milliardär wird. Durch diese Regelung erhielten in den vergangenen drei Jahren sechzig Erb*innen Steuererlasse in Höhe von insgesamt mehr als 4 Milliarden Euro.

Zum Beispiel Döpfner:

Im Jahr 2020 bekam Mathias Döpfner, Chef der Axel Springer AG (u. a. BILD-Zeitung), von Friede Springer Anteile am Unternehmen im Wert von rund einer Milliarde Euro geschenkt. Da er über ein erhebliches Privatvermögen verfügte, hätte er damit eigentlich die Schenkungssteuer zahlen müssen. Aber kurz vor der Schenkung investierte er sein Vermögen in Springer-Anteile und wandelte es so zu Unternehmensvermögen um. Dadurch galt er als „bedürftig“ und musste wohl deutlich weniger als die eigentlich fälligen 300 Millionen Euro Steuern zahlen. Wie viel er tatsächlich gezahlt hat, legt er nicht offen und kann sich dabei auf das Steuergeheimnis berufen.

Das Argument der Superreichen für dieses Privileg:
Die Streichung der Steuervergünstigung gefährde

Arbeitsplätze. Einen Beleg dafür gibt es allerdings nicht. Untersuchungen zeigen sogar das Gegenteil. Im Schnitt entwickeln sich Unternehmen schlechter, wenn der Familienspross es weiterführt.²⁴ Weil Erben nicht automatisch gute Unternehmerinnen sind, kann die Steuervergünstigung sogar Arbeitsplätze und Innovation kosten. Die Privilegien sind also nicht nur sehr teuer, sondern auch für die Wirtschaft nachteilig.

Ein aktueller Erbschaftsfall zeigt, dass es auch anders gehen könnte. Die Erben von Heinz Hermann Thiele zahlten 2025 fast 4 Milliarden Euro Steuern, weil das geplante Steuersparvehikel nicht rechtzeitig bereit war. Die Unternehmensanteile mussten sie trotzdem nicht verkaufen.

► Reformvorschlag 3: Große Erbschaften gerecht besteuern

Unser Vorschlag zur Reform: (1) Jeder Mensch darf im Leben insgesamt 1 Million Euro steuerfrei erben und geschenkt bekommen. (2) Die Ausnahmen für Betriebsvermögen werden gestrichen. Stattdessen sollte die Möglichkeit bestehen, die Steuer stunden zu lassen und dann über mehrere Jahre aus den Gewinnen abzubezahlen – so wie Nicht-Erben, die für die Unternehmensgründung oder den Kauf des Unternehmens einen Kredit aufnehmen und diesen über viele Jahre abbezahlen.

MYTHEN-CHECK

Die Erbschaftsteuer gefährdet kein Unternehmen, sie verringert nur die Gewinne der Erben...

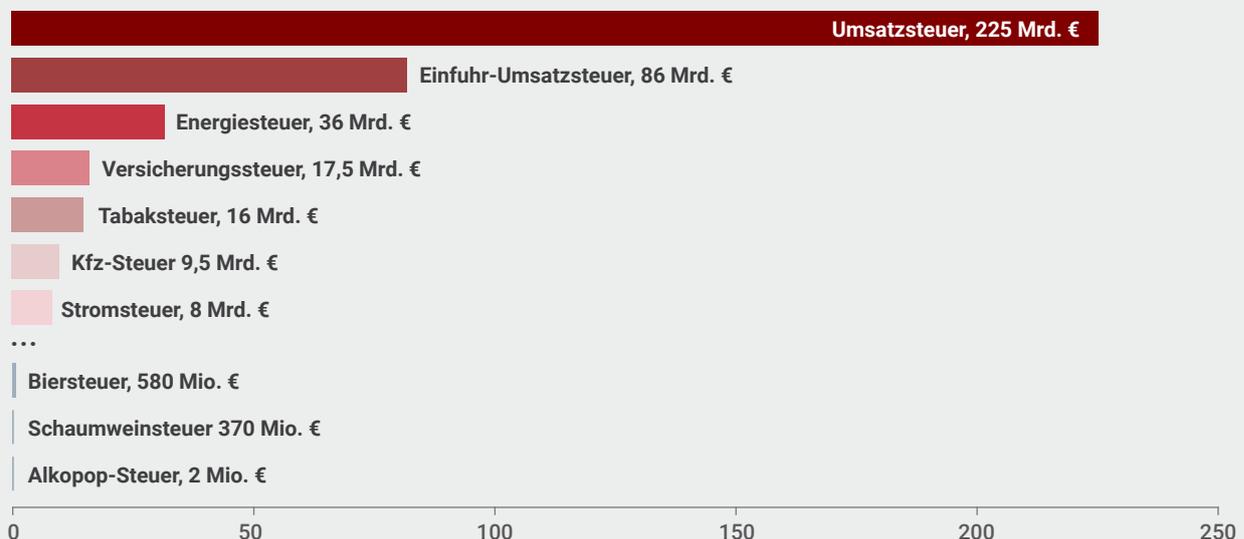
Das zeigt schon ein einfacher Vergleich. Der Wert eines Unternehmens für die Steuer entspricht dem Marktwert, also dem Preis, den eine externe Käuferin zahlen würde, um das Unternehmen zu übernehmen. Bei großen Unternehmen entspricht das typischerweise grob dem 5 bis 10-fachen des aktuellen Gewinns. Die externe Käuferin würde dafür einen Kredit aufnehmen. Wenn sie sich geschickt anstellt, ist er in 5 bis 10 Jahren aus den Gewinnen abbezahlt und das Unternehmen gehört komplett ihr. Der Erbe müsste dagegen nur 30 Prozent des Preises zahlen - also die Gewinne der ersten 3 Jahre.

Teil 2: Steuern für Gesundheit und Umwelt

Steuern auf Einkommen und Vermögen sollen dafür sorgen, dass jeder einen gerechten Beitrag zum Gemeinwohl leistet. Aber fast die Hälfte der Steuereinnahmen stammt aus Steuern auf Umsätze und Konsum. Diese Steuern erhöhen die Preise für alle Konsumenten, egal wie hoch ihr Einkommen ist. Weil Menschen mit niedrigem Einkommen einen größeren

Teil davon für Konsum ausgeben, werden sie durch diese Steuern stärker belastet. Dafür haben Steuern auf Verbrauch und Konsum eine Lenkungswirkung. Sie verteuern gesundheitsschädliche Dinge wie Zigaretten oder Schnaps oder sorgen zum Schutz der Umwelt dafür, dass die Konsumenten einen Teil der Schäden durch ihren CO₂-Ausstoß beim Einkauf bezahlen.

Konsumsteuern

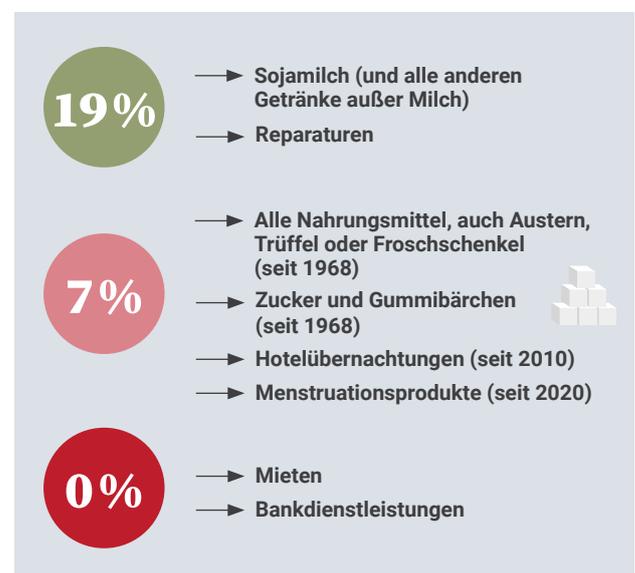


Auswahl der größten und kleinsten Steuern (2024)

Steuern auf den Umsatz

Die Umsatzsteuer ist mit 300 Milliarden Euro pro Jahr die ertragreichste Steuer in Deutschland. Sie wird auf fast alle in Deutschland verkauften Produkte und Dienstleistungen erhoben. Der Steuersatz liegt aktuell bei 19 Prozent. In einigen Fällen wird nur der ermäßigte Satz von 7 Prozent fällig. Einige wenige Dinge sind komplett von der Steuer befreit. Welche Güter von Steuerermäßigungen profitieren, ist politisch zum Teil heftig umstritten, hat sich aber seit 1968 nicht grundlegend geändert.

Im Jahr 2008 erhöhten Union und SPD die Steuer von 16 Prozent auf 19 Prozent. Das bringt aktuell Mehreinnahmen von fast 50 Milliarden Euro pro Jahr – gut für die Finanzierung des Staates, aber nicht gerecht.



Steuern für die Umwelt

Wer fossile Brennstoffe und Strom verbraucht, zahlt darauf Steuern. Mit Einnahmen von etwa 36 Milliarden Euro ist die Energiesteuer die zweitgrößte Verbrauchsteuer.

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten nimmt Deutschland wenig umweltbezogene Steuern ein und ihr Anteil am Gesamtaufkommen der Steuern sinkt seit zwei Jahrzehnten.²⁸ Das hat vor allem zwei Gründe. Zum einen sinkt – wie gewünscht – der Verbrauch fossiler Energien. Zum anderen sind Umweltsteuern meistens Mengensteuern; das heißt, es wird ein fixer Betrag pro Liter, Kilowattstunde oder Tonne fällig. Wenn die Preise steigen, der Steuerbetrag aber nicht, sinkt ihr realer Wert und damit ihre Lenkungswirkung.

Insgesamt sind die Umweltsteuern zu niedrig, um Verschmutzung und Verbrauch von Ressourcen ausreichend zu reduzieren. Die Einnahmen decken nur einen Bruchteil der gesellschaftlichen Kosten ab. Ökonomisch und ökologisch wäre es sinnvoll, diese Kosten stärker nach dem Verursacherprinzip zu verteilen. In diese Richtung geht auch die 2021 eingeführte CO₂-Abgabe. Sie soll 2027 durch den erweiterten europäischen Emissionshandel ersetzt werden. Den Prognosen zufolge werden die Preise pro Tonne CO₂ dann stark steigen.

Weil steigende Umweltsteuern Menschen mit niedrigen Einkommen härter treffen, ist es wichtig, für einen sozialen Ausgleich zu sorgen und sie gezielt bei der Umstellung zu unterstützen. Die Ampelregierung hatte dafür ein Klimageld vereinbart und zumindest die technischen Voraussetzungen geschaffen. Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung fehlt das Klimageld. Von staatlichen

Unterstützungsmaßnahmen beim Kauf von E-Autos oder Solaranlagen oder beim Strompreis profitieren aktuell vor allem wohlhabende Menschen und die Industrie.

Ein Rechenbeispiel: Beim Kauf von Benzin werden Umsatzsteuer, Energiesteuer und CO₂-Abgabe fällig – pro Liter zusammen rund 1 Euro. Ein besonders dreckiger SUV verbraucht über 17 Liter auf 100 km, ein durchschnittliches Auto knapp 8 Liter. 2024 stieg die CO₂-Abgabe um knapp 4 Cent pro Liter. Der SUV-Fahrer zahlt also 68 Cent mehr auf 100 Kilometern. Das wird ihn kaum dazu bewegen, weniger zu fahren. Für den Umstieg auf den E-SUV und das Solardach auf dem Carport erhält er großzügige Unterstützung. Für Menschen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, sind selbst 32 Cent mehr ein Problem. Den Umstieg aufs E-Auto können sie sich nicht leisten, und ohne Carport wären sie auf deutlich teurere öffentliche Stromtankstellen angewiesen.



ÜBRIGENS: Aus gesellschaftlicher Sicht besonders schädlicher Konsum wird besonders niedrig besteuert. Das Benzin der Superjacht oder das Kerosin des Privatjets sind teilweise steuerbefreit und die Luftverkehrsabgabe trifft Menschen mit günstigen Tickets im Verhältnis deutlich stärker als die Nutzer von Privatjets.

EXKURS: MEHR GERECHTIGKEIT DURCH UMWELTFREUNDLICHE STEUERN



Politiker alle Couleur versprechen seit langem umweltschädliche Subventionen abzubauen. Nach aktuellen Schätzungen des FÖS beliefen sie sich 2024 trotzdem auf etwa 85 Milliarden Euro. Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vereinbarten Maßnahmen würden sie um weitere 16 Milliarden Euro erhöhen statt zu senken. Die geplante Steuersenkung für Strom macht beispielsweise auch Strom aus Kohle und Gas günstiger statt gezielt Ökostrom zu fördern. Darüber, was als Subvention zählt und welche Regeln die deutsche Bundesregierung schnell und im Alleingang ändern

könnte, lässt sich streiten. Viel wichtiger ist aber ein anderer Aspekt: Von vielen Regeln profitieren wohlhabende Menschen stärker als arme, deren Abschaffung trifft arme Menschen aber trotzdem oft härter, auch weil sie weniger Möglichkeiten haben auf umweltfreundliche Alternativen umzusteigen. Umweltschädliche Subventionen abzubauen um Steuersenkungen für große Konzerne oder Subventionen für den Carport vor dem Eigenheim zu finanzieren wäre also ungerecht. Deswegen plädiert das FÖS dafür, die Subventionen gezielt im Sinne der Umwelt und Gerechtigkeit umzubauen.

Steuern für Gesundheit

Mit Einnahmen von etwa 16 Milliarden Euro ist die Tabaksteuer nach der Umsatz- und der Energiesteuer die ertragreichste Verbrauchsteuer. Eine Premium-Zigarette kostete 2024 laut Zigarettenverband etwa 15 Cent für Herstellung und Handel. Hinzu kommen eine Tabaksteuer von insgesamt 19 Cent und obendrauf noch die Umsatzsteuer von rund 7 Cent.²⁹ An der Tabaksteuer lassen sich viele typische Probleme der Verbrauchsteuern besonders gut beobachten.

1. Die letzte Erhöhung der Tabaksteuer wurde 2021 beschlossen. Sie steigt von 2022 bis 2026 in fünf Schritten um jeweils 8 Cent pro Schachtel. Das entspricht einer Steigerung von etwa 1 Prozent pro Jahr und gleicht nicht einmal die Inflation im gleichen Zeitraum aus. Inflationsbereinigt wird Rauchen also billiger.
2. Rauchen verursacht hohe gesellschaftliche Kosten, zum Beispiel weil über die Krankenversicherung alle Versicherten die Kosten der Krebsbehandlungen tragen und weil die oft sorglos weggeworfenen Kippen eigentlich in den Giftmüll gehören. Die Steuer sorgt dafür, dass die Verursacher einen Teil dieser Kosten tragen. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen schätzt die Kosten aber auf 100 Milliarden Euro.³⁰
3. Welche Auswirkungen die Steuer auf Jugendschutz und Gesundheit hat, ist umstritten. Inflationsbereinigt ist die Steuer in den letzten Jahrzehnten kaum gestiegen. Trotzdem hat sich der statistisch erfasste Zigarettenkonsum etwa halbiert. Im Gegenzug stieg der – niedriger besteuerte – Konsum von Tabak und Pfeifentabak und zuletzt auch der E-Zigaretten.
4. Ob steigende Steuern den Schmuggel erhöhen, ist vergleichsweise gut untersucht, aber trotzdem umstritten. Der Anteil geschmuggelter und legal aber steuerfrei importierter Ware in Europa wird auf etwa 10 bis 20 Prozent geschätzt. In Ländern mit hohen Steuern und guten Kontrollen (z.B. in Skandinavien) ist der Schmuggel aber nicht höher als in anderen Ländern.

5. Auch über Alternativen zur Steuer wird viel diskutiert – vor allem über das Werbeverbot für Tabak. Die Tabakindustrie gibt etwa 200 Millionen Euro pro Jahr für Werbung aus. Das dürfte die Ressourcen für Gesundheitskampagnen deutlich übersteigen.
6. Schließlich lässt sich gut nachvollziehen, wer von weniger Steuern und Regulierung vor allem profitiert: Philip Morris (der Hersteller von Marken wie Marlboro) hat in Deutschland einen Marktanteil von etwa 40 Prozent und erzielt weltweit einen Gewinn von knapp 9 Milliarden Euro nach Steuern.

Fun Fact

Mitarbeiter in Zigarettenfabriken (genauso wie in Brauereien) erhalten ein steuerfreies Deputat, also kostenlose Zigaretten oder Bier. Das kostet laut Subventionsbericht jährlich 4 Millionen Euro.

EXKURS: ZUCKER BESTEUERN?

Einige Länder – zum Beispiel Großbritannien oder Kolumbien – haben durch eine Zuckersteuer dafür gesorgt, dass Anbieter den Zuckergehalt in ihren Lebensmitteln reduzieren. In Deutschland gilt dagegen für Zucker und Schokolade (nicht aber für zuckerhaltige Getränke) nach wie vor der ermäßigte Steuersatz bei der Umsatzsteuer. Der 2024 vom Bundestag organisierte Bürgerrat Ernährung hat eine Zuckersteuer für Deutschland abgelehnt.

► Reformvorschlag 4: Umweltfreundliche und gesunde Steuern

Unser vierter Reformvorschlag umfasst eine ganze Reihe kleinerer Reformen, die das Steuersystem umweltfreundlicher, gesünder und gleichzeitig gerechter machen würden, ohne die Einnahmen zu verändern.

1. Umsatzsteuer: Update dringend nötig

Sojamilch höher zu besteuern als normale Milch ist nicht mehr zeitgemäß. Die Steuerermäßigung für Fleisch zu streichen wäre aus Umweltsicht sinnvoll und auch die Konsumenten von Kaviar und Austern könnten auf die Ermäßigung verzichten. Von der auf Lobbydruck eingeführten Ermäßigung für Hotelübernachtungen profitieren vor allem wohlhabende und kinderlose Haushalte – wenn die Betreiber sie überhaupt weitergeben. Ähnlich wäre das bei der Ermäßigung für Gaststätten. Allein McDonalds würde dadurch 140 Millionen Euro pro Jahr sparen.³¹ Insgesamt könnte der Katalog der Ermäßigungen deutlich vereinfacht und verbessert werden, ohne Zusatzkosten zu verursachen. Für den nötigen gesellschaftlichen und politischen Kompromiss bietet der Bürgerrat Ernährung ein paar gute Anstöße. Statt die Ermäßigung für Fleisch abzuschaffen, schlägt er vor, Grundnahrungsmittel komplett von der Steuer zu befreien.

2. Umwelt und Soziales kombinieren

Weniger umweltschädliche Subventionen sind besser. Darauf können sich die meisten Menschen verständigen. Im Detail wird es trotzdem schwierig. Ist die vergünstigte Umsatzsteuer auf tierische Produkte überhaupt eine umweltschädliche Subvention? Kann Deutschland die Kerosinsteuerbefreiung für internationale Flüge ohne internationale Absprachen abschaffen? Trifft eine Abschaffung der Pendlerpauschale vielleicht die Falschen – und ist das überhaupt eine Subvention oder eine normale Erstattung für beruflich bedingte Kosten? Diese Fragen wurden in den letzten Jahren ausgiebig untersucht und diskutiert. Mittlerweile gibt es viele gute Vorschläge, wie sich bestehende Subventionen im Einklang zwischen Umwelt und Sozialem umwidmen ließen.³² Große Mehreinnahmen sind davon allerdings nicht zu erwarten. Alternativ könnte man darüber nachdenken, umweltschädlichen Luxuskonsum gezielt höher zu besteuern.

3. Finanztransaktionen besteuern

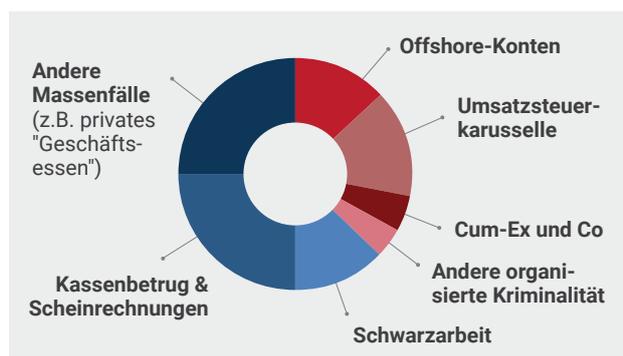
Bankgeschäfte und der Handel mit Aktien sind nicht nur von der normalen Umsatzsteuer befreit, auch die bis 1991 geltende Börsenumsatzsteuer wurde zur Förderung des deutschen Finanzstandorts abgeschafft. Um den spekulativen Handel zu verringern, fordern politisch Engagierte schon seit vielen Jahren eine Finanztransaktionssteuer. Eine solche Steuer könnte mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent Einnahmen von 13 bis 45 Milliarden Euro für Deutschland bringen. Die europäischen und deutschen Reformbemühungen sind 2021 wegen Lobbydrucks aber einen stillen Tod gestorben. Aktuell versucht sich Frankreich auf globaler Ebene mit einem neuen Anlauf und auch der aktuelle Koalitionsvertrag verspricht einen neuen Anlauf auf europäischer Ebene.³³

Teil 3: Finanzbeamte für ein gerechtes Steuersystem

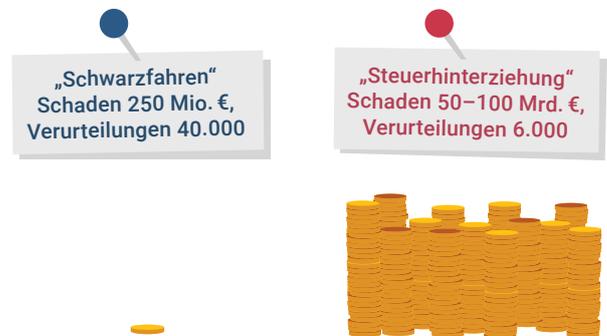
Reiche Menschen bunkern Milliarden auf anonymen Offshore-Konten. Mafiosi machen mit Umsatzsteuerbetrug einfacher Gewinne als mit Drogenhandel. Und wohlhabende Anzugträger haben sich mit Cum-Ex-Modellen aus unserer Gemeinschaftskasse bedient, während ihre Banken mit Steuergeld gerettet wurden. Steuerhinterziehung ist nicht nur illegal, sie ist auch ein großes Gerechtigkeitsproblem. Sie muss konsequent bekämpft werden. Aber was kann und sollte der Staat besser machen? Und wie viele Zusatzeinnahmen wären mit einer konsequenteren Bekämpfung möglich? Auf diese Fragen gibt es leider keine einfachen Antworten und nur wenig belastbare Zahlen.

Der Schaden: Das geht schon bei der Frage los, wie groß der Schaden ist und wie er entsteht. In vielen Ländern machen die Steuerbehörden zusammen mit der Wissenschaft dazu regelmäßige Steuerlückenschätzungen, nicht aber in Deutschland. Grobe Schätzungen beziffern den Schaden für Deutschland auf 50 oder sogar 100 bis 200 Milliarden Euro pro Jahr.

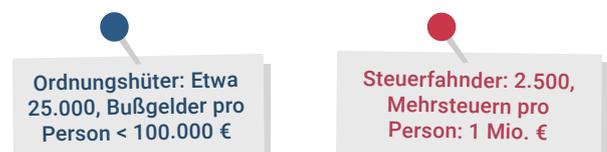
Ein großer Teil entsteht durch viele kleinere Vergehen – etwa Menschen, die Haushaltshilfen und Handwerker schwarz beschäftigen, Restaurantbesitzer, die ihre Einnahmen nicht deklarieren, oder Selbständige, die die Geburtstagsfeier als Geschäftsessen verbuchen. Etwas über ein Drittel sind Fälle mit hohem Schaden und hoher krimineller Energie: Umsatzsteuerkarusselle der organisierten Kriminalität und anonyme Offshore-Konten sehr reicher Steuerpflichtiger verursachen jährlich jeweils rund 6 Milliarden Euro Schaden. Weit verbreiteter Kassenbetrug schlägt mit etwa 10 Milliarden Euro zu Buche, der Steuerschaden durch Schwarzarbeit liegt bei 5 bis 10 Milliarden.³⁴



Die Strafen: Steuerhinterziehung ist eine Straftat. Ab 50.000 Euro müssen Steuerhinterzieher mit einer Freiheitsstrafe rechnen und ab einer Millionen Euro darf sie nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden. 2023 gab es etwa 6.000 Verurteilungen mit insgesamt 1.600 Jahren Freiheitsstrafen. Der ermittelte Schaden in diesen Fällen betrug etwa 1 Milliarde Euro. Zum Vergleich: Wegen Schwarzfahrens gab es mehr als 6-mal so viele Verurteilungen, obwohl der Gesamtschaden nur knapp ein 400-stel beträgt.



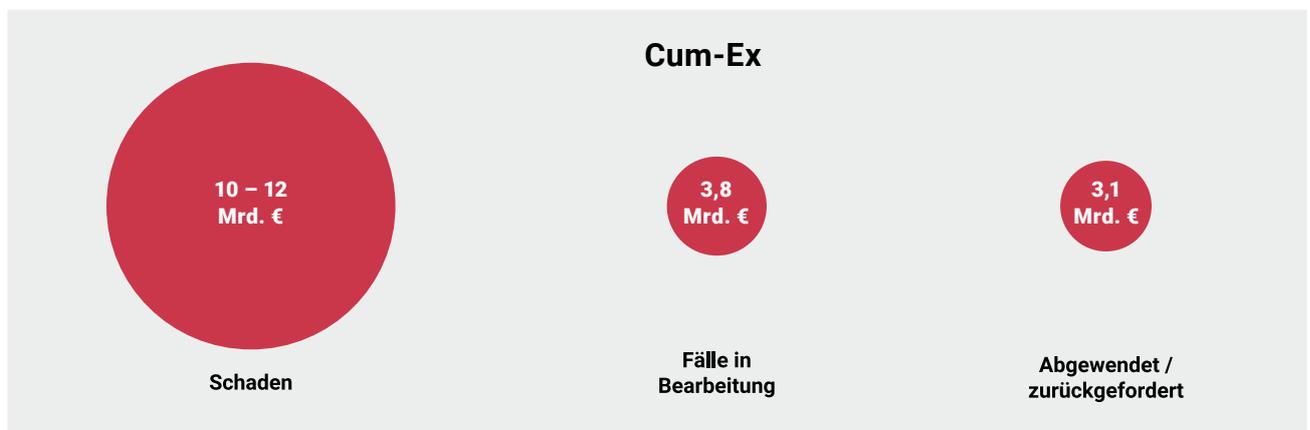
Die Strafverfolgungsbehörden: Verantwortlich für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung sind vor allem die Bundesländer und ihre Finanzämter. Unterstützung bekommen sie vom Zoll mit seiner Sondereinheit für die Bekämpfung von Schwarzarbeit und dem Bundeszentralamt für Steuern, das vor allem die Prüfung von großen Konzernen begleitet. Deutschlandweit gibt es etwa 100.000 Finanzbeamte. 13.000 davon prüfen Unternehmen, 2.500 fahnden nach Steuerhinterziehern. Zusammen stellen sie zusätzliche Steuerforderungen (Mehrsteuern) von rund 15,5 Milliarden pro Jahr Euro fest. Also knapp 1 Million Euro pro prüfender Person. Zum Vergleich: Wie viele Ordnungshüter in Deutschland Knöllchen für Falschparken verteilen, lässt sich nur grob schätzen. Es sind etwa 10-mal so viele wie bei der Steuerfahndung. Die Einnahmen aus den Bußgeldern reichen gerade aus, um ihr Gehalt zu zahlen.



Cum-Ex, Cum-Cum und andere Betrugsmodelle am Finanzmarkt

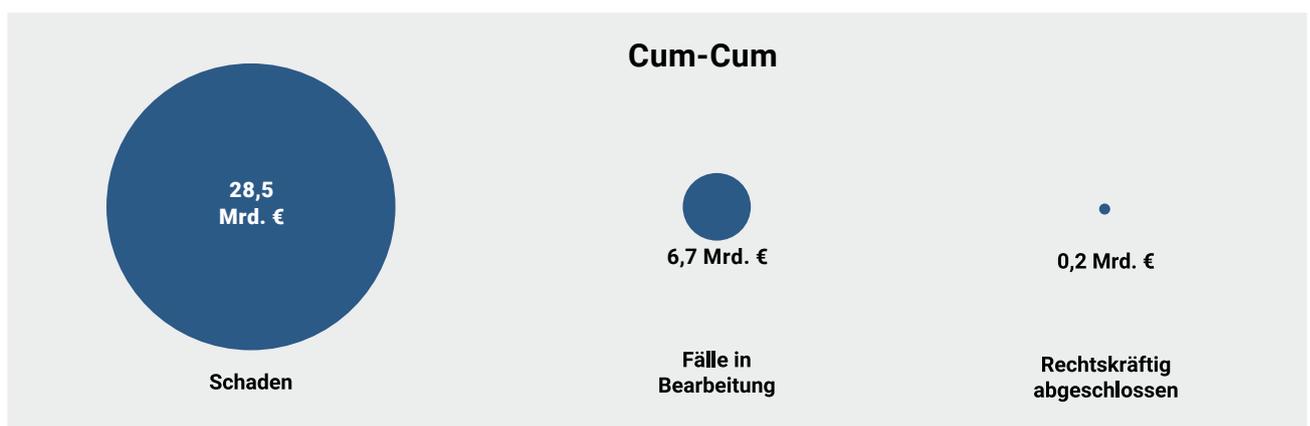
Cum-Ex ist der Name für den wohl größten Steuer-skandal der vergangenen Jahre. Dabei haben große Banken, ihre Berater und besonders vermögenden Kunden mindestens seit den 90er Jahren Geld vom Staat geklaut, indem sie sich Steuern erstatten ließen, die sie nie bezahlt hatten. Als der Staat viele Banken nach der Finanzkrise mit Steuergeld vor der Pleite gerettet hatte, weiteten sie ihren Beutezug noch aus. Mit einem ins Bundesfinanzministerium eingeschleusten Lobbyisten und bezahlten Rechtsgutachten behinderten sie bis

2012 erfolgreich alle gesetzlichen Gegenmaßnahmen. Erst 2017 brachten ein Untersuchungsausschuss im Bundestag und umfangreiche journalistische Recherchen dazu den Betrug in die breite Öffentlichkeit.³⁵ Ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2020 bestätigte schließlich das eigentlich Offensichtliche: Die Steuererstattungen waren illegal. Nach Schätzungen beläuft sich der Schaden auf etwa 10–12 Milliarden Euro. Davon wurde bis heute nur ein kleiner Teil zurückgeholt.



Die **Cum-Cum**-Deals liefen selbst dann noch weiter, als die Illegalität der Cum-Ex-Deals höchststrichterlich bestätigt war. Anders als bei Cum-Ex vermeiden Banken und Investoren dabei „nur“ eigentlich fällige Steuern. Der Schaden wird auf etwa 28,5 Milliarden Euro geschätzt und liegt damit noch deutlich über Cum-Ex. Ähnlich wie bei Cum-Ex wehrten sich die Banken und ihre Lobbyisten jahrelang erfolgreich gegen gesetzliche Gegenmaßnahmen. Bis heute fehlt der politische Wille, die entgangenen Einnahmen konsequent einzutreiben.

In der Zwischenzeit sind **weitere kapitalmarktbezogene „Steuertricks“** wie Overseas Manufactured Dividends und Reverse Market Claims bekannt geworden. Insgesamt ergibt sich ein Bild von organisierter Kriminalität, die so tief im Establishment verankert war, dass einige der beteiligten Akteure sogar glaubten, nichts Illegales zu tun, obwohl sie sich völlig schamlos an der Gemeinschaftskasse bedienten. Und einer Verwaltung, die mit der Aufarbeitung noch heute an ihre Grenzen stößt und bei Straftätern im Maßanzug eher ein Auge zudrückt.



Umsatzsteuerbetrug – von der lokalen Dönerbude bis zur organisierten Kriminalität

Die Umsatzsteuer ist die aufkommenstärkste Steuer und sie bietet entsprechend vielfältige Missbrauchsmöglichkeiten. Die meisten von Ihnen dürften schon einmal in einem Restaurant gegessen haben, in dem das Kartengerät seit Monaten kaputt ist und in dem die handgeschriebene Rechnung bar bezahlt wird. Sehr wahrscheinlich wird dann keine Umsatzsteuer gezahlt. Selbst wenn Sie einen Kassenbon erhalten haben, ist nicht auszuschließen, dass die Kasse manipuliert war.

Wahrscheinlich haben Sie auch schon einmal online bei einem Händler bestellt, der die eigentlich fällige Umsatzsteuer nicht gezahlt hat. Amazon hat beispielsweise auf seine E-Books jahrelang selbst nur die besonders niedrige luxemburgische Steuer in Rechnung gestellt und auf seinem Marktplatz viele ausländische Händler zugelassen, die die Steuer nicht ordentlich abgeführt haben – bis die Gesetze entsprechend verschärft wurden. Ähnlich wie in der Bankenwelt gibt es bandenmäßig organisierte Umsatzsteuerkarusselle und Verkäufer von Scheinrechnungen, bei denen sich kriminelle Unternehmen Steuern erstatten lassen, die nie gezahlt werden, weil das steuerpflichtige Unternehmen vorher pleite geht und verschwindet.

Insgesamt dürfte der Schaden durch Umsatzsteuerhinterziehung den Schaden durch Cum-Ex und Co deutlich übersteigen. Anders als die Bekämpfung von Finanzmarktkriminalität steht die Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug aber schon seit vielen Jahren im Fokus der Steuerbehörden. Mit der Einführung von

Registerkassen und der Bonpflicht, der verstärkten europäischen Zusammenarbeit über die neue europäische Staatsanwaltschaft, verschärften Sorgfaltspflichten für Onlinemarktplätze und der geplanten Einführung der elektronischen Rechnung gab es in den vergangenen Jahren weitere wichtige Fortschritte. Davon, dass der Betrug weitergeht und auch die kleinen Fische nicht alle verfolgt werden, zeugen die vielen vergilbten Schilder „heute ausnahmsweise nur Bargeld“ in Restaurantfenstern. Die Bundesregierung versucht aktuell, die Länder zu strengeren Kontrollen zu verpflichten, aber dafür fehlt häufig das Personal. Der Bundestag hat wiederum die von den Bundesländern geforderten strengeren Sanktionen für Verstöße gegen die Bonpflicht abgelehnt.

Kontrolle von Kassen



Statt der geplanten 190.000 Kassen-Nachschaue zur Überprüfung der 2020 neu eingeführten Bonpflicht schafften die Prüfer 2022 laut Spiegel nur knapp 12.000 und damit etwa so viele wie 2019. In dieser Geschwindigkeit dauert es 130 Jahre bis alle Kassen einmal kontrolliert sind. Die aktuelle Regierung diskutiert sogar darüber, die Bonpflicht wieder abzuschaffen.

Anonymes Offshore-Vermögen und Geldwäsche

Im **Schattenfinanzindex** des Tax Justice Network landet Deutschland seit vielen Jahren unter den Top 10 der Länder, die es Kriminellen aus der ganzen Welt ermöglichen, ihr Geld sicher und anonym anzulegen. Schätzungen zufolge geht es dabei um bis zu 100 Milliarden Euro pro Jahr. Das einfachste Mittel dafür sind anonyme Briefkastengesellschaften, die als Eigentümer von Bankkonten, Immobilien oder Jachten auftreten und den Ermittlern die Arbeit erschweren.

Im Ausland nutzen vor allem reiche Deutsche anonyme Konten, oft ebenfalls im Eigentum von anonymen Briefkastengesellschaften oder anderen Konstrukten, die auch von der organisierten Kriminalität verwendet werden, um ihr Geld vor den heimischen Steuerbehörden zu verstecken. Das Tax Justice Network schätzt den dadurch entstehenden Steuerschaden in Deutschland auf etwa 6 Milliarden Euro pro Jahr.³⁶

► Reformvorschlag 5: Ermittlungen stärken und fokussieren

Um Steuerhinterziehung konsequent zu verfolgen, braucht es vor allem genügend Ermittler. Sie brauchen die nötigen Daten und den politischen Auftrag, sich um die besonders großen und schädlichen Fälle zu kümmern. Die konsequente Verfolgung finanziert sich von selbst.

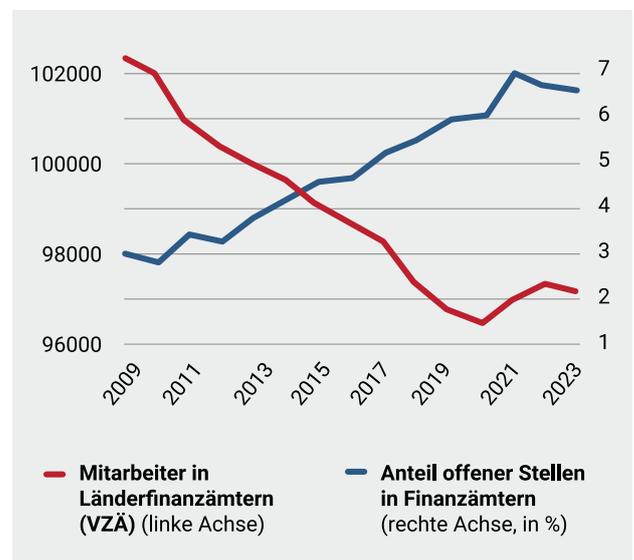
10.000 ZUSÄTZLICHE ERMITTLER WÜRDEN KNAPP 1 MILLIARDE EURO KOSTEN UND KÖNNTEN ETWA 10 MILLIARDEN EURO MEHREINNAHMEN BRINGEN.

Auch ohne zusätzliche Ermittler gibt es noch viel Spielraum für Verbesserungen.³⁷

- » **Spezialisierte Ermittlerinnen:** Lokale Finanzbeamte sind mit der international organisierten Kriminalität und den komplexen Fällen oft überfordert. Deswegen braucht es mehr und besser ausgestattete Sondereinheiten wie die 2021 gestartete europäische Staatsanwaltschaft oder das 2025 gestartete Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität in Nordrhein-Westfalen. Auch der Bund sollte seinen Beitrag zur Bekämpfung von Finanzkriminalität neu strukturieren und stärken.
- » **Die richtigen Prioritäten:** Um Steuerhinterziehung gezielt zu bekämpfen, muss sie besser erforscht werden. Zum Beispiel Australien hat dafür ein eigenes Steuerforschungsinstitut.
- » **Politische Unterstützung:** Wie viel Personal die Bundesländer für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung einsetzen, entscheiden sie selbst. Dabei ist der Anreiz hoch, weniger streng zu prüfen oder sich auf andere Aufgaben zu konzentrieren. Wenn Prüfer fehlen und weniger geprüft wird, beschwert sich niemand. Wenn die Bearbeitung der Steuererklärung zu lange dauert, ist Protest gewiss. Der Bund könnte den Ländern Zielvorgaben für die Personalausstattung machen und sollte regelmäßig Vergleichszahlen veröffentlichen. Vor allem aber braucht es eine bessere Personalpolitik, um die vielen freien Stellen zu besetzen.

- » **Bessere Daten:** Bereits seit 1925 übermitteln Millionen von Arbeitgebern detaillierte Daten zu den Arbeitseinkommen an die Finanzbehörden. Banken behalten dagegen bis heute die Steuer auf Dividenden ein und müssen die Finanzbehörden nicht über die Empfänger der Dividenden informieren – angeblich, um Bürokratie zu sparen.
- » **Mehr Transparenz:** Das 2017 eingeführte Transparenzregister sollte eigentlich der Anfang vom Ende der anonymen Briefkastengesellschaft sein. Der ebenfalls 2017 gestartete internationale Informationsaustausch sollte die Zeit der unerkannten Offshore-Konten beenden. Um diese Ziele doch noch zu erreichen, müssen bestehende Lücken beseitigt und die Datenqualität verbessert werden.

Schließlich können gesetzliche Vereinfachungen und Pauschalen zusammen mit dringend nötigen Fortschritten bei der Digitalisierung sowohl den Raum für Missbrauch reduzieren als auch Personal für die Verfolgung von schweren Fällen frei machen.



Fazit: Umsteuerungspotenzial von 100 Milliarden Euro

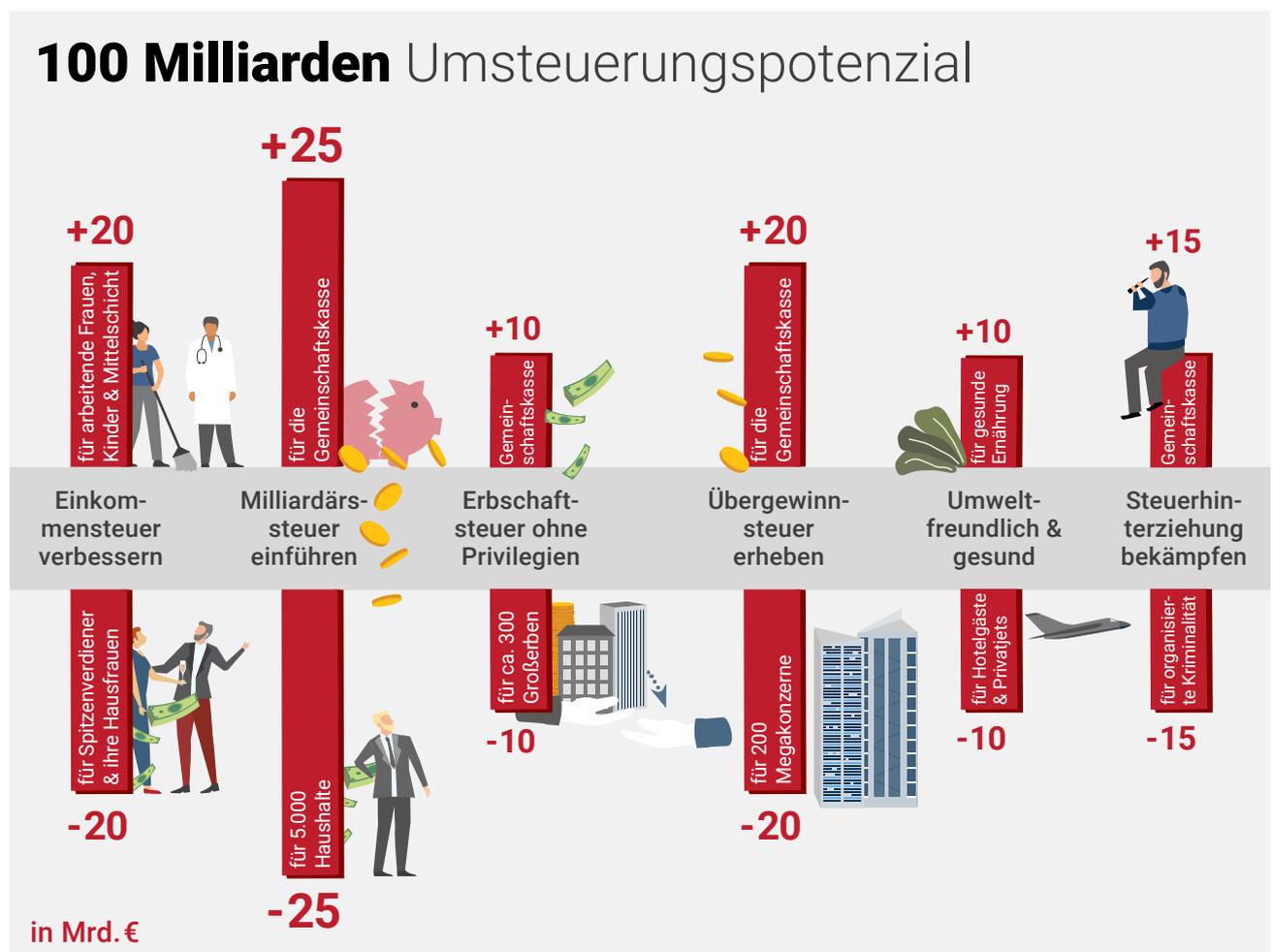
Ein solidarisches, gerechtes und ökologisches Steuersystem ist möglich. Statt radikaler Maßnahmen oder einer Vielzahl winziger Anpassungen setzen wir auf wenige, wirksame und umsetzbare Schritte.

Eine Übergewinnsteuer, eine Milliardärssteuer und die Abschaffung der Erbschaftsteuerprivilegien würden nur wenige hundert Großkonzerne und einige tausend Superreiche betreffen – und dennoch Mehreinnahmen von 50 Milliarden Euro pro Jahr bringen. Dieses Geld könnte genutzt werden, um die großen Krisen unserer Zeit anzugehen.

Zusätzlich könnten höhere Steuern auf sehr hohe Einkommen, umweltschädlichen Konsum, Finanztransak-

tionen, eine Reform des Ehegattensplittings und eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung weitere 50 Milliarden Euro einbringen. Damit ließen sich niedrige Einkommen und umweltfreundlicher Konsum um 600 Euro pro Person und Jahr entlasten.

Diese Maßnahmen sind alles andere als radikal. Sie schrumpfen weder Großkonzerne noch Milliardenvermögen – sie verlangsamen lediglich deren übermäßiges Wachstum. Dass sie trotzdem als utopisch gelten, zeigt nur, wie verzerrt die Debatte ist. Aber wer glaubt, dass die Mehrheit der Menschen und mittelständische Unternehmen nicht gegen einige wenige Milliardäre und Konzerne bestehen können, hat die Demokratie und unsere Zukunft bereits aufgegeben.



Quellenverzeichnis

- 1_ Aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2023, in der politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit untersucht wurden. Diese Zahlen finden sich auf Seite 14: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20478.pdf>
- 2_ Wer sich für genauere Zahlen zur Finanzierung einer lebenswerten und nachhaltigen Zukunft interessiert, findet weitere Informationen in dieser Studie des Dezernat Zukunft vom September 2024: <https://dezernatzukunft.org/was-kostet-eine-sichere-lebenswerte-und-nachhaltige-zukunft/>
- 3_ 2023 flossen laut dem Zentralen Immobilien Ausschuss (ZIA, Interessensvertretung der Immobilienwirtschaft) etwa 730 Milliarden Euro in die Immobilienwirtschaft. Etwa fünfmal so viel wie in den Fahrzeugbau: <https://zia-deutschland.de/project/bedeutung-der-immobilienbranche/>
- 4_ Stefan Bach und Claus Michelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erklären, wie eine Mieterssteuer 100.000 bezahlbare Wohnungen in Berlin finanzieren könnte: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.831674.de/21-50-3.pdf
- 5_ Weitere Informationen zum Thema Mietbelastung in Deutschland in einer Studie im DIW-Wochenbericht 41/2023 Von Konstantin Kholodilin und Pio Baake: https://www.diw.de/de/diw_01.c.916094.de/publikationen/wochenberichte/2024_41_1/.html
- 6_ Details dazu, wie sozialer Wohnungsbau finanziell gefördert wird, finden sich in der Studie des Pestel-Instituts von 2024, die vom Verbändebündnis „Soziales Wohnen“ beauftragt wurde: <https://mieterbund.de/themen-und-positionen/studien/pestel-institut-bauen-und-wohnen-2024-in-deutschland/>
- 7_ Die Anteile der Steuerarten am Gesamtsteueraufkommen 2024 ergeben sich aus dem Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2024/11/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-steuerschaetzung-oktober-2024.html> und unseren eigenen Berechnungen.
- 8_ Eine gute Übersicht zum „Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland“ bietet die Studie von Julia Baarck, Mathias Dolls, Kai Unzicker und Lisa Windsteiger 2022 für die Bertelsmann-Stiftung: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSI/Publikationen/GrauePublikationen/DZ_Studie_Gerechtigkeitsempfinden_2022.pdf
- 9_ Wer mehr über die Vermögenskonzentration in Deutschland lesen will, findet die Informationen in der Studie “MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen” von Carsten Schröder, Charlotte Bartels, Konstantin Göbler, Markus M. Grabka und Johannes König im DIW-Wochenbericht 29 / 2020, S. 511-521: https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_konzentration_hoer_als_bisher_ausgewiesen.html
- 10_ Nach einer Studie von Elsässer, Hense und Schäfer von 2017: https://pure.mpg.de/rest/items/item_2465116_6/component/file_2473405/content
- 11_ Zum Weiterlesen: Der Climate Inequality Report des World Inequality Lab der Paris School of Economics <https://wid.world/document/climate-inequality-report-2023/> und unsere Multiplikatorbroschüre zum Thema Steuergerechtigkeit für nachhaltige Entwicklung, die auch kostenlos bestellt werden kann: https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/infothek/steuern_und_entwicklung/
- 12_ Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Steuersenkungen und Wirtschaftswachstum hier eine kurze Zusammenfassung aus dem Böckler Impuls 09/2021, S. 6: https://www.boeckler.de/data/impuls_2021_09_S6.pdf Die ausführliche Studie von Sebastian Gechert und Philipp Heimberger auf Englisch hier: https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008025
- 13_ Zu den verpassten Einnahmen durch die ausgesetzte Vermögensteuer und zu weiteren Informationen, warum wir die Steuerflucht vermögender Personen nicht fürchten müssen, haben wir 2024 in einer Studie mit Oxfam ausgeführt: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/keine-angst-vor-steuerflucht/>
- 14_ Nach unseren eigenen Berechnungen. Wie wir dorthin gekommen sind, findet sich in der Analyse „Wie wird Reichtum in Deutschland besteuert?“ von 2024: https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/05/Besteuerung_Reichtum_Deutschland.pdf
- 15_ Ausführlich beschreiben dies Professor Dr. Heinz Rothgang und Dominik Domhoff von der Universität Bremen in ihrem Gutachten Beitragssatzeffekte und Verteilungswirkungen der Einführung einer „Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung“ im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE 2021: https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2021/210628_Einfuhrung_einer_Solidarischen_Gesundheits-_und_Pflegeversicheru..._ohne_k.pdf
- 16_ Eine verfassungsrechtliche Analyse zur Abgeltungsteuer findet sich im Gutachten von Professor Dr. Joachim Englisch aus dem Jahr 2016: <https://katalog.ub.uni-heidelberg.de/cgi-bin/titel.cgi?katkey=68103167>
- 17_ Wer diese im Detail lesen möchte, findet sie hier auf Englisch („A Blueprint for a Coordinated Minimum Effective Taxation Standard for Ultra-High Net Worth Individuals“, 2024): <https://www.taxobservatory.eu/www-site/uploads/2024/06/report-g20.pdf>
- 18_ Weitere Informationen zur Milliardärssteuer finden sich z.B. in einer Analyse von Stefan Bach (als Social Media-Thread: <https://x.com/SBachTax/status/1811288048384012601>), in einer Greenpeace-Studie: https://www.greenpeace.de/publikationen/20241203_Billions-for-Millions.pdf und in unserer Studie „Milliardär:innen gerecht besteuern – Eine deutsche Perspektive auf den brasilianischen G20-Vorschlag einer global koordinierten Besteuerung von Hochvermögenden.“: <https://library.fes.de/pdf-files/international/21426.pdf>

- 19_ In einem Kurzgutachten für die Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2023 untersucht Alexander Thiele den grundgesetzlichen Rahmen für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008555
- 20_ Details zur Wegzugsteuer und dem Auslandsbezug deutscher Milliardenvermögen findet sich in unserer Analyse aus dem Jahr 2024: <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/vermoegenssteuer-keine-angst-steuerflucht#:~:text=Die%20meisten%20wollen%20die%20Verm%C3%B6genssteuer%20wieder%20einf%C3%BChren%20E2%80%93,Steuerflucht%20wirksam%20verhindern.%20Publikation%20vom%2002.%20Juli%202024>
- 21_ in einer Studie aus dem Jahr 2020 im Auftrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung: https://www.diw.de/de/diw_01.c.801981.de/publikationen/politikberatung_kompakt/2020_0157/vermoegensabgabe_die_linke_aufkommen_und_verteilungswirkung__tion_die_linke_im_bundestag_und_der_rosa-luxemburg-stiftung.html und in einem Thread auf Social Media: <https://x.com/SBachTax/status/1873653863385055326>
- 22_ Das jährliche Erbschaftsvolumen schätzt eine Studie des DIW aus dem Jahr 2017: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.560982.de/17-27-3.pdf
- 23_ Der Anteil der geerbten Milliardenvermögen schätzt der Billionaire Ambitions Report der Bank UBS aus dem Jahr 2024, auf Englisch: <https://www.ubs.com/global/en/wealthmanagement/family-office-uhnw/reports/billionaire-ambitions-report.html>
- 24_ Dass Unternehmen sich im Schnitt schlechter entwickeln, wenn der Familienspross sie weiter führt zeigt z.B. eine OECD-Studie zu Erbschaftsteuer in OECD-Ländern aus dem Jahr 2021, auf Englisch: https://www.oecd.org/en/publications/inheritance-taxation-in-oecd-countries_e2879a7d-en.html
- 25_ Die Konzentration der Unternehmensgewinne dokumentiert eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage aus dem Jahr 2018: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/063/1906308.pdf>
- 26_ Der Regierungsentwurf zur Mindeststeuer aus dem Jahr 2023 rechnet mit Einnahmen von weniger als einer Milliarde Euro: <https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-umsetzung-der-richtlinie-eu-2022-2523-des-rates-zur/302881>
- 27_ Weitere Details zu den Übergewinnen großer Konzerne in unserer Studie aus dem Jahr 2024, in Englisch: https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/05/2024_Excess-Profits-Tax.pdf
- 28_ Ein Vergleich der Umweltsteuern in Europa findet sich im OECD-Umweltprüfbericht für Deutschland aus dem Jahr 2023: https://www.oecd.org/de/publications/oecd-umweltpruefberichte-deutschland-2023_9a336992-de.html
- 29_ Den Steueranteil pro Zigarette berechnet der Deutsche Zigarettenverband (DZV): <https://www.zigarettenverband.de/themen/zahlen-und-fakten/zigarettenpreise>
- 30_ Zahlen, Daten, Fakten zu den gesellschaftlichen Kosten des Rauchens auf der Webseite der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V.: <https://www.dhs.de/suechte/tabak/zahlen-daten-fakten>
- 31_ Weitere Informationen zur Mehrwersteuerermäßigung für die Gastronomie in einer Kurzmeldung des Bundestags vom 21. Juni 2023: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-954730> und in der Kurzexpertise des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung: https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/ZEWKurzexpertisen/ZEW_Kurzexpertise2304.pdf
- 32_ Möglichkeiten zum Umbau von umweltschädlichen Subventionen beschreibt das FÖS in einem Impulspapier aus dem Jahr 2024: https://foes.de/publikationen/2024/2024-09_FOES_Repurposing.pdf
- 33_ Eine Studie vom Austrian Institute of Economic Research (WIFO) aus dem Jahr 2019 schätzt die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer für verschiedene Länder: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3407855#:~:text=This%20study%20presents%20in%20detail%20the%20concept%20of,and%20its%20ability%20to%20correct%20various%20market%20failures Die französische Initiative zur Neuauflage von globalen Solidaritätsabgaben findet sich unter: <https://solidaritylevies.org/>
- 34_ Eine Gesamtschätzung zur Steuerhinterziehung findet sich in einem Beitrag von zdf-heute: Sozialbetrug in Deutschland: Wie groß ist das Problem? – ZDFheute; den Schaden aus Schwarzarbeit schätzt der Ökonom Friedrich Schneider darin auf 84 Milliarden Euro, nutzt dafür aber ein wenig belastbares Schätzverfahren und rechnet entgangene Sozialabgaben ein. Realistischere Schätzungen beziffern den Umfang der Schwarzarbeit auf 2–3% des BIP und den Steuerschaden auf 3 bis 9 Milliarden Euro (*Enste 2017*), siehe dazu auch <https://steuermythen.de/mythen/mythos-22/> und <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/11/beitrag/schwarzarbeit-in-deutschland-bisherige-erkenntnisse-und-neue-befunde.html>
- 35_ Ausschussarbeit im Bundestag zu Cum-Ex aus dem Jahr 2017: <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse18/ua/4untersuchungsausschuss> und eine Recherche von Correctiv aus 2018, „CumEx Files 2.0“, auf Englisch: <https://correctiv.org/en/latest-stories/2021/10/21/cumex-files-2/>
- 36_ Eine Schätzung des Schadens aus Offshore-Vermögen findet sich in den Daten zum „State of Tax Justice 2024“ des Tax Justice Network, auf Englisch: <https://taxjustice.net/reports/the-state-of-tax-justice-2024/>
- 37_ Eine Übersicht über unsere Verbesserungsvorschläge zur Finanzverwaltung und viele weitere Daten finden sich hier: www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2022/11/211230_Steuerverwaltung_online.pdf und hier: www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2022/01/Studie_Steuerverwaltung_NWSG_2022.pdf, sowie in der Sonderfolge unseres Podcasts Steuergerechtigkeit zur Steuerfahndung: www.youtube.com/watch?v=e7apYxHlH8s



**NETZWERK
STEUER-
GERECHTIGKEIT**

Gemeinsam für gerechte, solidarische und nachhaltige Finanzsysteme –
gegen Steuerflucht und Schattenfinanzwirtschaft weltweit

www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de